

Bezugspreis: Vierteljährlich 10.- M. monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 6. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Noch keine Klärung.

Die Teilung verbreitet mit auffällig viel Eifer Stimmen der bayerischen Rechtsblätter und der völksparteilichen Zeitungen...

Die Verhandlungen zwischen München und Berlin wegen der Verordnung des Reichspräsidenten sind noch nicht zu Ende geführt...

Es ist verständlich, wenn aus diesen Gründen der Haltung der Rahr-Regierung in Arbeiterkreisen nach wie vor die größte Aufmerksamkeit gezollt wird...

Das Wollfische Telegraphenbureau verbreitet folgende „Richtigstellung“:

Unter der Überschrift „Neue Widerstände“ teilt der „Vorwärts“ in seiner Abendausgabe vom 5. September in einem eigenen Drahtbericht u. a. mit...

Diese Mitteilung trifft nicht zu. Das Reichsministerium des Innern hat vielmehr ein Telegramm des Landtagsabgeordneten Klingler...

Wir möchten demgegenüber auf die oben abgedruckte Meldung aus „maßgebenden bayerischen Regierungskreisen“ hinweisen. Es heißt in ihr wörtlich: „Am übrigen hat die Lage eine wesentliche Zuspitzung dadurch erfahren...“

München, 5. September. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die bayerische Regierung, deren Gesamtministerium den ganzen Tag über beraten hatte, ohne daß sie zu einem endgültigen Ergebnis...

gekommen wäre, hat ihre endgültige Beschlussfassung bis zur Stellungnahme der Koalitionsparteien vertagt. Unterdessen hat die bayerische und nichtamtliche Presse ein Witzgeschrei über das Eingreifen des Reichsministeriums in die bayerischen Verhältnisse ausgestoßen...

Während der deutschnationalen Parteitag in spaltenlangen Berichten wiedergegeben wird, versucht das Blatt durch gewandte Redaktion und geschickte Unterstreichungen, die Auslassungen des Reichskanzlers in einem rein parteipolemischen und sozialistischen (!) Sinne wiederzugeben.

Coburg, 5. September. (WZ.) Die Zahl der bei den Unruhen verletzten Personen wird jetzt auf zwanzig angegeben. Der Magistrat der Stadt Coburg gibt bekannt, daß das Angebot der Landespolizei ohne den Willen des Oberbürgermeisters erfolgte...

Thüringer Pagen widerlegt.

Das Thüringer Innenministerium teilt uns dröhnlich aus Weimar mit: In Nr. 414 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ findet sich eine Drahtmeldung aus Jena, überschrieben: „Gespannte Lage in Thüringen“...

Beratungen des Reichskabinetts.

Das Reichskabinetts beschäftigte sich in einer am Montag abgehaltenen Sitzung hauptsächlich mit geschäftsordnungsmäßigen Fragen. Innerpolitische Angelegenheiten, so die bayerische Frage, wurden nicht behandelt.

Die Republik und ihr Strafrecht.

Von Johannes Werthauer.

Der nachstehende Artikel ging uns bereits vor einigen Tagen zu, noch ehe die jüngsten Verordnungen und Ankündigungen der Reichsregierung bekannt waren. Raumangel hinderte bisher sein Erscheinen.

Die Ermordung Erzbergers hat wieder einmal eine Erregung hervorgerufen, welche die Verhinderung solcher Taten in der Zukunft verlangt. Es wird aber wohl, wenn der erste Unwille sich gelegt hat, beim alten bleiben, da die Schächer des Unrechts, sobald sie nur Zeit gewonnen haben, auch bald wieder die Oberhand gewinnen werden.

Das Volk kennt nämlich die Ursachen der Uebelstände und den Weg zu ihrer Beseitigung nicht genau.

Ich habe als Verteidiger Erzbergers in seinen Wiederernehmensbestrebungen, die in Kürze zur vollständigen Rehabilitierung desselben geführt haben würden, seine glühende Vaterlands- und Pflichttreue schätzen gelernt.

Die Rege gegen Erzberger beruhte auf dem Wunsch, in ihm die Republik zu treffen, ferner weil gerade er für das Reich die Steuermacht erkaufte hatte und die Sabotierer der Steuerabgabe jede wirksame Besteuerung mit allen Mitteln hindern wollten.

Republikanische Staatsmänner sind in Deutschland jetzt fast schuflos, weil im Kampf gegen die Verleumdung die Beisehung unzureichend ist und die Rechtspflege verjagt hat.

Vom ersten Tage der Verhandlung im Heflicher-Prozess ab wurde auf Grund der Verhandlung gegen Erzberger durch Breßlaugers dessen Ansehen systematisch herabgesetzt, um die Steuererhebung zu stören, während er Tag für Tag neben der Verhandlung — ein grandioses Beispiel von Pflichttreue — gerade doppelt eifrig für die Finanzlage des Reichs arbeitete.

Demnach kam das Urteil, welches Verletzung der Eidspflicht — zu Unrecht — feststellte. Die Unrichtigkeit des Urteils konnte erst viel später dargetan werden. Obwohl schon beim Durchlesen des Heflicher-Urteils dessen Mängel erkennbar sind, wurde es fortgesetzt gegen Erzberger verwandt, um ihn politisch unmöglich zu machen.

Durch die Benützung der Verhandlung und des Urteils wurde gegen Erzberger die Stimmung hervorgewirkt, welche die sittlichen Hemmungen selbst der monarchischen Verbrecher im Volke selbst lähmen. Die Art der Bestrafung im Falle Heflicher, das Urteil im Falle des deutschen Prinzen, welcher einen Fremden körperlich verletzt hatte, die Nichtbestrafung von über 200 militärischen Mördern und Kapp-Verbrechern, haben den Mut der Mörderzentralen so gestärkt, daß sie die freiheitlichen Volksführer straslos zu beiseitigen hoffen konnten.

Die erregte Volksmeinung fordert deshalb mit Recht, daß die Art an die Wurzel der Uebelstände gelegt und nicht etwa die Erregung wieder dadurch verpufft werde, daß etwa mit der Ermittlung und Bestrafung der Mörder Erzbergers die Sache für erledigt gehalten werde.

Die nächstliegenden Forderungen sind folgende: 1. Die Unabsehbarkeit der Richter muß in Wegfall kommen. Sie sollte eine autoritative Kabinettsjustiz möglichst verhindern.

Der Richter ist entweder Volksbeauftragter oder Beamter und muß daher entweder durch die Volksernennung oder gemäß der Beamtengesetzgebung absetzbar sein. Man könnte verlangen, daß der Richter überhaupt mit der Politik sich nicht beschäftigen soll. Solange aber die Gesetzgebung einen antisemitischen Abgeordneten als unparteilichen Richter ernennt, solange muß von der Fiktion ausgegangen werden, daß politische Tätigkeit die Unparteilichkeit nicht beeinträchtigt.

2. Hinzukommt, daß die Spruchrichter auch für größte Fahrlässigkeit nicht haften! Ein Richter, sogar Vorsitzender eines Richtervereins, hat z. B. im Hauptinstanzlichen Gedankengang entgegen der klaren Strafprozeßordnung mit verboten, in der Sitzung den Beweisantritt für die Nichtschuld des angeblichen Kriegsbetrügers vorzutragen, und dann ein den Unschuldigen entehrendes Urteil gefällt, so daß erst die zweite Instanz diese Beweise erheben und die Unschuld des Mannes feststellen konnte. Dies ist theoretisch nichts anderes, als wenn in Paris der Mörder von Jaurès freigesprochen ist.

Der Vorsitzende eines Jugendgerichts nahm, als die beiden Schöffen freisprechen wollten, entgegen den klaren Vorschriften der Prozeßordnung den Schöffen ihr Recht auf Urteil und dem Angeklagten sein Recht auf Freisprechung. Beide Fälle sind dem Justizminister unterbreitet, der nichts dagegen machen kann.

In einem Arrestprozeß verwirft ein Zivilgericht den Widerspruch gegen einen Arrest, indem es aus beigelegten Strafakten die Angeklagten verwechselt, obwohl klar auf das Erforderliche hingewiesen war.

Die Rechtsverwaltung, also der Justizminister, ist völlig machtlos. Er darf vor Rechtskraft des Urteils sich in die richterliche Tätigkeit nicht einmischen. Nachher aber ist es natürlich zu spät. Der Justizminister mühte deshalb gegenüber Rechtskräften im Parlament sagen: „Ich habe kein Recht, irgendeinen Fall vorher oder nachher zu beeinflussen. Ich bin ein Minister, der die Verwaltung juristischer Angelegenheiten hat, ich habe aber mit der Urteilsfähigkeit der Richter nichts zu tun.“ Es fehlt also auch hier jede Kontrolle.

Gegenüber den Anwälten haben die Richter die Fahrlässigkeitsverantwortung derart gestaltet, daß die Versicherungsgesellschaft die Versicherung der Anwälte etwa der der Chauffeure gleichgestellt hat.

Die Unabsehbarkeit und Nichtverantwortlichkeit des Richters ist eine der Ursachen der Liebesstände, unter denen das Volk leidet. Sie rührt daher, daß die Juristen meist die Geheime machen, so als ob die Chauffeure bestimmen könnten, wie weit für zu schnelles Fahren jemand verantwortlich zu machen ist. Hier muß sofort, und zwar wegen der Haftung durch einfaches Gesetz abgeholfen werden.

3. Der Obrigkeitstaat hat durch das Reserve-Leutnantstum in äußerst geschickter Weise versucht, auch in die Beamten- und richterlichen Kreise das Gefühl, daß Gewalt vor Recht gehe, und den Gedanken der obrigkeitlichen Abhängigkeit hineinzutragen. Mit dem militaristischen Geiste sollte der herrschende Teil des Volkes mit dem Gedanken der Ungleichheit der Kasten, dem Dünkel gegen die Arbeiter und Soldaten durchsetzt werden, um wie die Syphilis im Körper forumpierend zu wirken.

Die Republik muß Richtergremien schaffen, welche treue republikanisch gesinnte Volksrichter sind, sich dem Arbeiter gleich fühlen und den Kastenunterschied der Geburt und des Erbrechts innerlich überwunden haben. Hier kann die Verwaltung sofort wirksam helfen.

4. Durch Gesetz aber kann und muß sofort bestimmt werden, daß in Strafsachen nur ein juristischer Richter und mindestens zwei Laien in jeder Sitzung mitwirken müssen. Das Schwurgericht ist unverändert zu lassen.

Es ist ferner durch Gesetz zu bestimmen, daß es nur Reichsrichter gibt.

5. Den Universitäten ist jedes Vorrecht zu nehmen, das sie von den Fortbildungsschulen des ganzen Landes unterscheiden. Dies kann im Verwaltungswege geschehen, und zwar sofort.

Durch das Tragen der früheren militärischen Uniform wird absichtlich das Volk verhöhnt, der arbeitende Teil aufgereizt und gegen die Republik demonstriert. Es muß durch Gesetz das ostentative Tragen der Offiziersuniform verboten und jeder gesetzliche Schutz der früheren Uniform aufgehoben werden. (Sist inzwischen geschehen. Red. d. „V.“.)

6. Die Republik ist schußlos. Die Hochverratsbestimmung

gen passen nicht. Gegenwärtig kann Regierung und Verwaltung die Hochverräter nicht fassen, weil die Bestimmungen auf die Monarchie zugeschnitten waren und die Staatsform nur gegen Gewaltanwendung schützen.

Die junge Republik muß wirksam durch das Strafgesetz so wie früher die monarchische Staatsform geschützt werden. Es muß bestimmt werden: Jedes Unternehmen, die Republik durch öffentliche Verächtlichmachung zu gefährden, wird mit Freiheitsstrafe bestraft, insbesondere der verdeckte Erwerb von Zeitungen zu diesem Zwecke.

Die vorstehenden Anforderungen beschränken sich auf das Übernotwendigste. Dies kann in den nächsten Tagen geschehen. Es hat dann Erzberger nicht umsonst sein Leben dem Vaterland geopfert. An dem Tode ist nichts mehr zu ändern. Die Bestrafung seiner Mörder ist für die Ursachen, welche den Mord veranlaßt haben und welche weiter bestehen, gleichgültig, wenn das Notwendige nicht geschieht: „Mann über Bord, Vollampf voraus!“ Die Verbrecher selbst sind schon am Werk, um die Besserungsbestrebungen zu sabotieren. Andere beschäftigen sich angeblich eifrig mit der Entdeckung der Mörder, als ob dies die Hauptsache sei, nur um das Volk abzulenken. Sie wissen, daß die Mörder- und Verleumdungszentren ebenso wie bei Liebschütz-Gareis und anderen die Täter schon schützen werden, deren Entdeckung infolge der gegenwärtigen Verhältnisse insbesondere auch in Bayern unmöglich ist.

Durch diese Bestrebungen darf das Volk sich nicht abhalten lassen, das Notwendige zu tun, um künftig die durch Rechtsmängel möglich gewordene Gefährdung der Republik und der republikanischen Staatsmänner zu beseitigen. Wenn der Reichstag, der in seiner jetzigen Zusammensetzung zum Teil ein Ergebnis der Irreführung des Volkes durch gefälschte Zeitungen ist, dem nicht beistimmt, muß er aufgelöst werden. Entscheiden die Wahlen dann nicht für die Republik und deren Sicherung, sondern für Absolutismus, Militarismus und kapitalistischen Steuerbetrug, so können die in Deutschland vorhandenen besseren Elemente eben den Untergang Deutschlands nicht hindern; sie haben dann aber ebenso wie Erzberger ihre Pflicht bis zum Äußersten getan.

Stegerwalds Standpunkt.

Verbreiterung nur nach rechts und links.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ weiß zur Regierungsfrage in Preußen folgendes zu melden:

Die Frage der Regierungsumbildung in Preußen ist, wie mir aus parlamentarischen Kreisen hören, in den letzten Tagen über das Stadium der Vorverhandlungen noch nicht hinaus gekommen. Nach wie vor vertritt Ministerpräsident Stegerwald seinen bekannten Standpunkt, daß es sich empfehle, ein Kabinett von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie zustandzubringen. Ihm erscheint eine Erweiterung seines augenblicklichen Kabinetts nach beiden Seiten als das einzig Gegebene.

Herr Stegerwald ist von seiner einmal gefaßten Idee so durchdrungen, daß ihn auch neue politische Ereignisse bedeutungsvoller Art davon nicht abbringen können. Im allgemeinen kein gutes Zeichen für einen Politiker. Doch kann uns bei der ganzen Angelegenheit die persönliche Auffassung Stegerwalds ziemlich gleichgültig sein. Wir haben schon einmal betont, daß die Sozialdemokratie nicht als Bittstellerin vor der Tür des Kabinetts Stegerwalds erscheint und um Aufnahme bittet, am allerwenigsten um Aufnahme zu Bedingungen, die ihr schon zwanzigmal angeboten worden sind, und die sie schon zwanzigmal abgesehen hat. Die Frage ist vielmehr, wie lange das Zentrum selber und daneben die bürgerlichen Demokraten es vertragen werden, im Reiche mit Herrn Birtz an der Spitze gegen die Deutschnationalen und in Preußen mit Herrn Stegerwald an der Spitze, gestützt auf die Deutschnationalen, zu

regieren. Wir warten diese Entwicklung in Ruhe ab, und insofern dürfte die „D. A. Z.“ recht haben, wenn sie weiter schreibt, daß vorerst in der preussischen Regierungsfrage Entscheidungen von besonderer Bedeutung nicht fallen werden.

Besitz verpflichtet.

In der Deutschen Volkspartei macht sich neuerdings ein Hang zur „Realpolitik“ geltend. Nach den Abgeordneten Dr. v. Campe und Kahl ist es jetzt Dr. Stresemann selbst, der in einer öffentlichen Versammlung in Magdeburg erklärt hat, die Partei müsse aus der negativen Opposition zur demokratischen Regierung heraustreten und eine gewaltsame Aenderung der Verfassung ablehnen. Seine Rede, die eine positive Mitarbeit der Deutschen Volkspartei bei den Steuerfragen in Aussicht stellt, erfährt eine eigenartige Beleuchtung durch einen Artikel der „Köln. Ztg.“, die schreibt:

„Die Tat muß folgen. Die Partei des Besizes muß anerkennen, das der Besitz verpflichtet, sie muß in Gegenmaßnahmen dem Wirtschaftlichen Steuerprogramm, das sie wegen seiner Ordnungsmäßigkeit verwirft, aufs klarste den Beweis erbringen, daß der Besitz bereit ist, zu opfern und zu steuern bis zu einer Grenze, die lediglich von der Notwendigkeit gezogen wird, die nationale Produktion bis zum höchstmöglichen Maße zu steigern. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch bei der uns allen obliegenden Steuerpflicht zwischen Worten und Wirklichkeit ein Widerspruch liegt, der schon aus Gründen der öffentlichen Moral beseitigt werden muß, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit Recht darauf hinweisen, wie ihre Steuerpflicht einer unentrichtbaren Kontrolle unterliegt, die bei den produzierenden Ständen und den freien Berufen fehlt, daß zwischen dem verschwendenden Aufwand weitzer Kreise und der kümmerlichen Lebenshaltung anderer, besonders des verarmten Mittelstandes, ein Gegensatz sich aufgetan hat, der unerträglich ist. Die Spekulations- und Spielwut, die im Volke eingerissen ist, macht uns zum Gespött des Auslandes, und trotz der reichlich im Lande umfließenden Geldmittel fordert die Regierung vergeblich zur Ablieferung von Auslandsbewerten auf, deren sie zur Bezahlung der Kriegsschuld so dringend bedürftig ist. Wir sind durch den Krieg arm geworden und werden unsere Schuld nicht bezahlen können, ohne unser Nationalvermögen dazu in Anspruch zu nehmen; wieweit das durch Erfassung des Gewinns aus den Gold- und Schmelzen, die die Sozialdemokratie fordert, möglich ist, ohne diese Werte dem Zugriff des Auslandes preiszugeben, wird erstlich ins Auge zu fassen sein. Daß alle Schichten des Volkes nach dem Verhältnis ihrer Kraft an der Last, die auf uns liegt, in gleichem Maße zu tragen haben, ist selbstverständlich; zu warnen aber wäre vor einem Verfahren, das etwa den Verzicht der Arbeiterschaft auf verfassungsmäßige Zugeständnisse wie den Achtstundentag in die Rechnung einbringen möchte.“

Ungewöhnlich verständige Worte! Die „Köln. Ztg.“ ist nach der „Deutschen Allgemeinen“ des Herrn Stinnes das zweite Organ der Deutschen Volkspartei, das in eindeutiger Weise zugibt, daß mit den bisherigen Besitzsteuern eine tatsächliche Erfassung des Besizes nicht erreicht wurde. Und zum ersten Male vermindert man, daß auch der Großindustrie der Gedanke einer Belastung der Gold- und Schmelzen nicht undiskutabel ist.

Wir würden nicht anstehen, diese Erkenntnis zu begrüßen und Schlüsse daraus zu ziehen, hätten wir die Gewißheit, daß es der Deutschen Volkspartei mit dem Kurswechsel ernst ist. Bisher aber haben wir dafür keinerlei Anhaltspunkte. Den Idealismus einzelner bürgerlicher Redakteure in allen Ehren. Aber wie sollen wir an eine Bereitwilligkeit der Großindustrie in der Besitzsteuerfrage glauben, nachdem am Sonntag der Reichsanwalt erneut bestätigt mußte, daß die Großbanken, deren Vertreter bei den Demokraten sitzen, die Ultimatumserfüllung durch eine von täglichem Eigennutz getragene Devisenpolitik sabotieren? Müht sich nicht ein Teil der demokratischen Presse seit Jahr und Tag, dem Kapital seine Verpflichtungen gegen das deutsche Volk klarzumachen? Und hat nicht trotzdem Herr Gothein, der im Vorstand der

Im Seebade.

Von Alexander Seidel.

O ja, Travemünde ist schön, wenn man die Kraft hat, einen mit rührender Beschäftigung zur Schau getragenen Hurratriotismus nur als Requisite der Belustigung aufzufassen, wie sie das Seebad außerdem in Gestalt von Blumenkorso, Schönheitskonkurrenzen, Jazz-Bands und anderen Kulturrerregungsformen bietet. Ich z. B. finde ein unbeschreibliches Vergnügen darin, zuzusehen, wie ein Trupp teutonischer Heidenjöhne in kindlicher Freude Sandfestungen aufbaut und im Spiel mit solchen Miniatur-Zwingsburgen seinen militärischen Instinkten Befriedigung schafft. Und wie erheiternd wirkt ein schwarzweißrotes Fährchen als Krönung der Strandbahn, zumal wenn Wilhelms des Fluchtgewandten Heidenantritt mit gestäubten Schnurrbartspitzen auf ihm prangt.

Erfrischend für Leib und Seele fränkischer Stadtkinder wirkt ein Ferienaufenthalt an der See. Freund der Kinder, nicht Jüngerer, ist der moderne Lehrer, und es ist wohl auch so gedacht, daß sich bei solchem Ferienaufenthalt der Pädagoge eingehend mit ihnen abgibt, sie z. B. anleitet, wie man im Sande einen Schützengraben mit Brustwehr und allen sonstigen Raffinements anlegt, ihnen monarchistische Banner in die Hände drückt, stramme Soldatenlieder einübt und die vom Bade heimkehrende geschlossene Kompagnieformation des militärischen „Begtretens“ wiederholen läßt, wenn es nicht klappert. Auch ich bin sehr dafür, daß die Kleinen von unserem unergiebigen (siehe Unterschriften auf den Gedendblättern) Kaiser erfahren. Man lasse sie den alten Singlang in zeitgemäßer Form ruhig weiter singen:

Der Kaiser ist ein lieber Mann,
er wohnt jetzt in Doorn;
sein Ort war ihm zu weit von hier,
als er den Krieg verlor'n.

Oder man spiele mit den Knaben das Reigenpiel: „Das ist die Garde, die unser Kaiser liebt“, wobei der Kommandierende die Jungen mit einem Gewehrkolben bearbeitet und zum Schluß dem ein Eisernes Kreuz aus Pappe anheftet, der bis zur Ohnmacht mit einem frisch-fröhlichen „Zu Befehl, Herr Leutnant“ zu antworten vermag.

Wie herrlich klang uns in früheren Zeiten das melodische Klirren der Sporen! Welch ein Genuß war es für das Auge der Untertanen, das forsche Zusammenklappen zweier Leutnantsabfäße zu sehen! Wir mußten auf viele Genüsse verzichten. Doppelt große Freude, im Familienbad einen segnen Hünen, er trug zum schwarzen Bodetrikot ein silbernes schwarzgerandetes Monokel, bei der Begrüßung einer Strandfee die nackten Haden untadelig zusammenklappen zu sehen.

Im Hafen liegt unser einst so berühmtes Schiffchen Panther. Zwar macht es keine Sprünge mehr nach Agadir, leistet sich aber im nummernreichen kleinen Westhof allerhand Gekochtes: Ruft da ein

Personendampfer mit schwedischer Flagge in den Hafen ein. Ich hatte mir gerade von dem Matrosen, der mich auf dem Schiff herumführte, sagen lassen, daß die schwarzweißrote Fahne der Mannschafft größter Stolz sei, da klingen von dem schwedischen Dampfer die Töne des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ herüber. Alles springt an Deck, Begeisterung für den waderen Schweden in aller Munde! Sturmliches Hurra! Wir wollten der solchermachen für Deutschland bis alle Schwede nicht recht in den Kopf hinein, und richtig, wie das Schiff anlegt, entsteigt ihm — eine Kapelle der biedereren Reichswehr und ein ehemaliger General, wohlempfungen von einem Kriegerverein mit Regenschirmen und Heimkriegerbüchsen. Man hatte den Dampfer gemietet für eine festliche Propagandafahrt. — Seid nicht zu optimistisch, liebe Matrosen des Panzer, solange euer Kommandant abgeladete Generale bei ihren Geschäftsreisen für die Firma Hohenzollern u. Co. in großer Uniform empfängt, wird euch kein ausländischer Dampfer „Deutschland, Deutschland über alles“ entgegenjubeln!

Der Jauberer Siemens. Ein hübsches Erlebnis von Berner Siemens wird von Dr. Arndt in der „Deutschen Revue“ in Erinnerung gebracht. Bei der Abreise durch das Rote Meer bestieg Siemens eines Tages mit mehreren Ingenieuren die Cheopspyramide. Es herrschte ein starker Sandsturm, der auch die Spitze der Pyramide in Wüstenstaub hüllte. Oben vernahm Siemens ein merkwürdiges Jischen in der Luft und beim Aufheben des ausgestreckten Fingers über dem Kopf verspürte er eine seltsam prickelnde Empfindung. Es war sich sofort klar, daß es sich um einen elektrischen Vorgang handelte, hüllte eine gefüllte Sektflasche mit metallisch belegtem Kopf in feuchtes Papier und verarbeitete sie dadurch in eine Lejdener Flasche, die stark geladen wurde, wenn man sie hoch über den Kopf hielt. Man konnte aus ihr laut knallende Funken von etwa ein Zentimeter Schlagweite ziehen. Diese Blitze aus der Weinsflasche erfüllten die arabischen Führer mit größtem Mißtrauen. Um noch Schlimmerem vorzubeugen, packten sie plötzlich die Begleiter Siemens, um sie gewaltsam hinabzuführen. Als der Anführer mit derselben Aufforderung an Siemens herantrat und dessen linke Hand schon erfasst hatte, hob Siemens die Flasche empor und lenkte den Flammenkopf langsam der Nase des Arabers zu. Siemens selbst erhielt dabei eine heftige Erschütterung, der Anführer mußte also einen noch stärkeren Schlag verspüren haben. Er war auch lautlos zu Boden gefallen, erholte sich aber bald wieder und stürzte schreiend in Alesenspringen die Pyramide hinab.

Die Sardinen kommen! Die großen Heereszüge der Sardinen, die alljährlich im englischen Cornwall und in der französischen Bretagne auftreten, sind wieder erschienen. Die Sardinen-Saison nimmt ihren Anfang. In den letzten Augustwochen halten die sogenannten Wächter Tag und Nacht an der Küste Ausschau, um sofort mit dem uralten Ruf „hoo!“ der „gesunden“ bedeuten soll, das Herannahen der flüchtig schimmernden Fischmassen zu verkünden. Wenn diese Kunde in die Fischerdörfer von Cornwall bringt, dann entzückt sich sofort das aufgeregteste Leben und Treiben. Auf ihren Schuppen schleppen die Fischer die gemaltigen

Sardinenehe herbei, die sie im Boot zu dem Fang mitnehmen. Die Zahl der Fische ist außerordentlich groß, und es kommt vor, daß 12 bis 15 Bootladungen mit einem einzigen Fischzug heraufgeholt werden, und nicht selten sinken die Boote unter der Last der Fische, die auf sie ausgeschüttet werden. Die Sardinen, die wie flüssiges Silber aussehen, werden hastig aus den Booten in Schubkarren geschauvelt und zu Wagen gefahren, auf denen sie dann vom Strande abtransportiert werden. Die Sardine ist dem Hering ähnlich, aber kleiner und dicker und von einer viel schöneren Färbung, die am Rücken blaugrün und am Bauch silberweiß ist. Wenn diese wimmelnden Fischmengen mit dem Grundwasser aus der Wassertiefe herausgezogen werden, dann bietet sich ein wundervolles Farbenspiel dar. Der größte Teil des englischen Sardinensanges wird eingelagert und geht als Nahrungsmittel nach dem südlichen Europa. In der Bretagne ist die Sardinensardine höher entwickelt. Die von Kopf und Eingeweide befreiten Fische werden in Öl getocht und dann als die bekanntesten Delikatessen in den Handel gebracht. Wie alles in der Welt, so ist auch die Sardine nach dem Kriege sehr viel teurer geworden.

Eine Ausstellung „Deutscher Einbandkunst“ wurde im Weißen Saal des Schloßmuseums eröffnet. In der Ausstellung, die von dem Jakob-Krauß-Bund, der Vereinigung Deutscher Kunstbinder veranstaltet wird, werden etwa 200 künstlerischen Buchbinderarbeiten von Mitgliedern des Bundes 40 der seltensten Einbände aus dem Besitz der preussischen Staatsbibliothek gezeigt. Aus der vormals königlich preussischen Hausbibliothek sind 50 Einbände ausgewählt, unter denen die aus dem Besitz Friedrichs des Großen hervorstechen. Von Jakob Krauß, der im 16. Jahrhundert als Hofbuchbinder des Kurfürsten August von Sachsen wirkte, haben die sächsische Landesbibliothek in Dresden und das sächsische Hauptstaatsarchiv 12 der schönsten Einbände ausgestellt.

Joseph Mann auf der Bühne gestorben. Während der gestrigen Aufführung der Verdischen Oper „Aida“ in der Staatsoper brach gegen 9 Uhr abends der Opernsänger Joseph Mann plötzlich tot zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht. Die Vorstellung wurde sofort abgebrochen.

Theaterchronik. Im Schauspielhaus wird am Dienstag die Darstellung von Schillers „Fiesco“ wieder aufgenommen, mit Ernst Deutsch in der Titelrolle, Dagny Erbe als Imperialin und Fritz Kortner als Ferrina.

Das Theater in der Königsgraben Straße wird im Laufe der nächsten Monate Carl Sternheims Schauspiel „Manon Lescaut“, Hiers und Gailabets Lustspiel „Die Fahrt ins Blaue“, Strindbergs nachgelassene Tragödie „Sofrates“, Ferdinand Crommelns Werk „Der gewaltige Hohn“, Wilhelm Staudens Drama „Künder Todter“, Frank Wedekinds Schauspiel „Hedda“, Dimitri Merejkowskis Drama „Der Paulus Job“ zur Darstellung gelangen lassen. Außerdem stehen Verhandlungen mit dem Moskauer Künstler-Theater wegen eines Gastspiels vor dem Abschluß.

Die Kapellmeisterfrage in der Staatsoper. Entgegen anders lautenden Nachrichten gibt die Intendantur bekannt, daß die Frage der Neubestellung der Stelle eines zweiten Kapellmeisters noch nicht entschieden ist. Entworfen wurde Herr Gustav Bruchers eingeladen, ausbisherige zwei Aufstellungen des laufenden Spielplans als Maß zu betrachten.

Der Antikering. Die neue Zeitschrift „Berlag Westm. 10, Gelsbergstr. 29, die zugleich ein Betätigungsfeld für Antikering-Don für Kulturorganisationen.“

Die Arbeiterfrage in der Groß-Berliner Gemeinde

Notwendigkeit der verantwortlichen Mitarbeit der Arbeiter.

Die Lohnbewegung der Berliner Gutsarbeiter schien Anfangs nicht von allzu großer Bedeutung, namentlich, was die Zahl der Beteiligten anbelangt. Im Verlauf der Bewegung aber traten alle die Probleme zutage, die in bezug auf die Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten in der Gemeinwirtschaft überhaupt erst noch zu lösen sind.

Musterbetrieb, gute, möglichst bessere Arbeitsverhältnisse, wie in der gleichen Betriebsart der Privatindustrie, und doch keine Defizitwirtschaft, sondern einen, wenn auch nur bescheidenen Gewinn. Das ist das zu lösende Problem. Musterbetriebe, auch im Sinne der in ihnen beschäftigten Arbeitnehmer, können Betriebe aber nur dann sein, wenn sie eine entsprechend hohe Ergiebigkeit der Produktion zu verzeichnen haben. Es muß auch weiter Aufgabe des Magistrats bleiben, dies nach Möglichkeit zu fördern durch Zentralisation und äußerste Sparsamkeit in der Verwaltung, Einführung verbesserter Arbeitsmethoden und vor allem durch rationelle Ausnutzung der Arbeitskraft, was durchaus nicht gleichbedeutend sein soll mit über Ausbeutung. An einer sachgemäßen Verwendung der Arbeitskräfte ist aber die Stadtverwaltung in den letzten Jahren vielfach behindert gewesen. In erster Linie durch die Folgen des Krieges. Infolge der Demobilisierungsbestimmungen ist auch die Stadtverwaltung gezwungen, Arbeitskräfte auch dann weiter zu beschäftigen, wenn sie nach Lage der Sache mit weniger auskommen könnte. Zudem verpflichtet uns das Fürsorgeamt, Beamte und Angestellte aus den besetzten und verlorebenen Gebieten einzustellen, statt überflüssig werdende aus anderen Verwaltungszweigen dahin zu gehen, wo solche fehlen. Und schließlich fordert die soziale Pflicht ganz allgemein, mit Arbeiterentlassungen äußerst sparsam umzugehen.

Aber besonders haben die vielen Streiks und Streikandrohungen der städtischen Arbeiter der Stadt Schaden zugefügt.

Die Forderungen der Arbeiter und Angestellten wurden meist mit Drohungen sofortiger Arbeitsniederlegung begleitet und oft sind die Ansprüche einer an Zahl nur geringen Arbeitergruppe zum Anlaß genommen worden, die gesamten Betriebe der Stadt lahmzulegen, wodurch dem Gemeinwesen ungeheure Verluste zugefügt worden sind, gar nicht zu reden von dem Schaden in politischer Beziehung, denn alle diese Vorkommnisse waren Wasser auf die Mühlen der Reaktion. Wirtschaftlich waren sie geeignet, die Idee der Sozialisierung und Kommunalisierung auf das Ärgste zu diskreditieren. Wenn unter diesen Umständen auch die sozialistischen Magistratsmitglieder nicht immer den Forderungen der Arbeiter und Angestellten im vollen Umfange nachgeben konnten, so ist das um so mehr zu begreifen, als ja schon die zerrütteten Finanzverhältnisse der Stadt zu äußerster Sparsamkeit zwingen. Es ist natürlich viel einfacher, aber im höchsten Grade verwerflich, wenn Vertreter eines Gemeinwesens leichten Herzens aus agitatorischen Gründen alle Forderungen bewilligen, ohne Rücksicht darauf, daß dadurch die Schulden immer mehr anschwellen und der Kredit der Stadt untergraben wird. Wenn dieselben Vertreter dann auf der anderen Seite die Deckung der von ihnen beschlossenen Ausgaben und selbst den von ihren eigenen Parteimitgliedern mit aufgestellten und beschlossenen Etat ablehnen, dann ist damit ein Grad der Verantwortungslosigkeit erreicht, der schließlich nicht mehr zu überbieten ist.

Wenn wir zu gesunden Zuständen kommen und die zahlreichen Arbeitsunterbrechungen vermeiden wollen, dann müssen in der Zukunft andere Wege gesucht werden. Das Streikrecht, das sie gleich hier gefordert, muß selbstverständlich auch den städtischen Arbeitern in vollem Umfange erhalten bleiben. Aber die Arbeiter müssen sich, mehr wie bisher, bewußt werden, daß sie nicht privatrechtlichen Interessen, sondern dem Gemeinwesen dienen, daß alle überhörschweligen Forderungen, die nicht aus den Erträgen des Betriebes selbst gedeckt werden können, der Gemeinde und damit ihren eigenen Arbeitsbrüdern wieder zur Last fallen. Jede Erhöhung der Löhne und Gehälter hat weitere Steigerungen der Preise für Gas, Elektrizität, Wasser und Erhöhung von Ge-

bühren zur Folge gehabt, die nur deshalb nicht im vollen Umfange auf die Mieter abgewälzt werden können, weil zurzeit noch die Zwangswirtschaft die Hausbesitzer daran hindert.

Die stetig sich steigende Belastung der Stadt durch Löhne und Gehälter hindert ferner den weiteren Ausbau der sozialen Fürsorge. Wir können nicht in dem Maße für die Erwerbslosen, für die Armen und Altpensionäre sorgen, wie wir es möchten. Das grauenvolle Elend, das es hier zu lindern gilt, sollten die städtischen Arbeiter, die immerhin eine, wenn zurzeit auch bescheidene, so doch in der Regel auf Lebenszeit gesicherte Existenz haben, bei allen ihren Forderungen nicht unbeachtet lassen. Unsere Jugend- und Kinderpflege, wie die allgemeine Wohlfahrtspflege, müßten Millionen mehr zur Verfügung haben, um auch nur einigermaßen den berechtigten Anforderungen entsprechen zu können.

Wenn schließlich den Arbeitern ein getreues Bild unserer städtischen Finanzen gegeben wird, so werden sie sich der Einsicht nicht verschließen können, daß sie auf geraume Zeit hinaus ihre Forderungen auf das Neueste beschränken müssen. Dabei soll kein Wort gesagt sein gegen die berechtigten Ansprüche der Arbeiter und Angestellten an einen erhöhten Lebensgenuß, aber die allgemeine Lage in Deutschland, die Verarmung unseres Volkes, die Besteuerung, die die Entente uns aufzwingt, bringen uns eben alle in die bedauerliche Lage, unsere Ansprüche an das Leben und an die Kultur herabsetzen zu müssen. Auch der Umstand, daß den städtischen Arbeitern und Angestellten nach einem arbeitsreichen Leben im hohen Alter ein Ruhegehalt, das sie vor äußerster Not schützt, gewährt wird und das den Etat der Stadt mit vielen Millionen belastet, sollte bei der Beurteilung der Gesamtlage der städtischen Arbeiter nicht außer Berücksichtigung gelassen werden.

Auf der anderen Seite muß den Arbeitern in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben Gelegenheit gegeben werden, bei der Regelung der Arbeitsbedingungen und bei der Festlegung der Löhne mitzuwirken. Dazu bietet das Gesetz über die Betriebsräte die geeignete Grundlage. Die in Aussicht stehende Schlichtungsordnung wird eine weitere Handhabe dazu bieten, Differenzen in friedlicher Vereinbarung zu beseitigen. Wenn in diesem Gesetz, wie es heißt, der Verhandlungszwang vorgehoben ist, so werden die Arbeiter, am allerwenigsten die städtischen, hiergegen etwas einzumenden haben, denn zu Verhandlungen haben sich die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter stets bereitgefunden. Wenn aber in Zukunft der Austragung von Konflikten durch Streiks noch ausgiebiger vorgebeugt werden soll, so muß der Gang der Verhandlungen ein anderer werden als bisher. Hat erst die in Frage kommende Berufsgruppe und hat erst die Organisation sich auf bestimmte Forderungen festgelegt, haben die Arbeiter sich sozusagen schon darauf eingerichtet, dann bestehen sie auf ihren ver- wie das beim Gutsarbeiterstreik der Fall war —, daß vielleicht bei erster nicht ganz gründlicher Beratung die verschiedenen politischen Parteien sich festgelegt haben, oder infolge nicht ganz genügender Unterlagen, dann fällt es den Instanzen und Korporationen schwer, von dem einmal gefassten Beschluß zurückzugehen und der Konflikt ist da. Der Konflikt mit dem Magistrat, der nunmehr erst in diesem weit vorgeschrittenen Stadium Stellung nimmt und der, nicht aus bösem Willen, sondern, weil er aus besserer Kenntnis der Finanzlage der Stadt sich in die bittere Notwendigkeit versetzt sieht, die Forderungen abzulehnen oder doch herabzudrücken. Auch oder vielmehr erst recht der „sozialistische Magistrat“ muß nach dem Grundgesetz handeln: Das Interesse der Allgemeinheit ist dem des einzelnen oder der einzelnen Erwerbsgruppen voranzustellen. Wollen wir aus diesem Dilemma heraus, dann muß, wie gesagt, ein anderer Verhandlungsweg gesucht werden.

Beide Kontrahenten, der Magistrat und die Arbeiter, müssen in direkter, zunächst unverbindlicher Aussprache über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten verhandeln. Eine zum

Städtischen Lohnamt ausgebaute Institution vereinigt Magistratsmitglieder und Vertreter städtischer Arbeiter. Das Amt hat die statistischen Unterlagen über die Löhne in den gleichartigen Betrieben in der Privatindustrie. Die Indizes der Lebensmittelpreise und Bedürfnisse sind zu prüfen. Hier hat der Magistrat Auskunft zu geben über die finanziellen Verhältnisse der Stadt. In diesem Gremium sind die Vertreter der Arbeiter nicht Partei, treten nicht als Gegner des Magistrats, sondern als gleichberechtigte Mitglieder auf; Sachverständige und Auskunftspersonen werden herangezogen. Erst wenn hier eine Klärung über das Notwendige und Mögliche erzielt ist, sollten Vorschläge an die betreffenden Arbeitergruppen gebracht werden. Heute wird jede Lohnforderung städtischer Arbeiter vom ersten Augenblick an zu einer Parteifrage. Ob das im Interesse der Arbeiter liegt, wage ich zu bezweifeln, in dem der Allgemeinheit sicherlich nicht. Das letzte Wort bleibt selbstverständlich der Stadtverordnetenversammlung.

Solche Einrichtung läge in der Richtung der gewerkschaftlichen Forderung nach Fabrik-Konstitutionalismus, bei der die Kleinherrenschaft des Besitzers der Produktionsmittel aufgehoben ist. Das Verantwortungsgesühl der Arbeiter würde wachsen. Mehr und mehr müssen sie sich einleben in den Gedanken, daß das ihnen anvertraute Gut, Betriebskapital, Arbeitsgerät usw. der Allgemeinheit, also auch ihnen mitgehört und das sie zu hüten und zu schonen haben. Der von mir vorgeschlagene Weg würde dazu beitragen, die Arbeiter mit diesem Gedanken zu durchdringen. Um aus unserer Notlage herauszukommen, muß alles getan werden, den wirtschaftlichen Frieden aufrecht zu erhalten, die Ergebnisse der Produktion zu erhöhen, das Vertrauen zu unserer Verwaltung zu stärken.

Ohne die Mitwirkung der Arbeiter ist dies unmöglich; sie müssen also zu aller Verwaltungsarbeit herangezogen werden, um mit ihrem wachsenden Selbstbewußtsein gleichzeitig auch ihr Verantwortungsgefühl zu stärken.

„Mordsache Erzberger“.

Der Wortlaut des amtlichen Aufrufs.

Am den Anschlagssäulen Groß-Berlins ist ein Aufruf erschienen, der eine genaue Beschreibung der Mörder Erzbergers sowie eine im Fassimile wiedergegebene Schriftprobe der Täter enthält.

Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Mordsache Erzberger“.

Ueber die beiden Täter, die am Freitag, den 26. August 1921, vormittags gegen 11 Uhr, bei Griesbach in Baden den Reichstagsabgeordneten Erzberger durch mehrere Revolverkugeln getötet haben, ist nunmehr festgestellt, daß sie vom Sonnabend, den 21. August, bis zum Montag im Gasthaus „Zum Hirschen“ in Oppenau unter den offenbar falschen Namen

1. Franz Riese, stud. jur., aus Düsseldorf,
2. Knut Bergen, stud. phil., aus Jena,

gewohnt haben und am 26. August 1921 mit dem um 6 Uhr 45 Min. von Oppenau abgehenden Abendzuge mit Fahrkarten 4. Klasse nach Offenburg abgereist sind

Die von den Tätern vorgenommenen Eintragungen im Fremdenbuch des Gasthauses sehen folgendermaßen aus: (Folgen Schriftproben im Fassimile.)

Beschreibung.

1. Der Größere: 25—30 Jahre alt, etwas über 1,70 Meter, schlank, aufrechter Gang, rundes, gesundes Gesicht, Haare blond, teils als gefärbt, teils als zurückgeschritten geschildert, jedenfalls nicht kurz, kleiner Schnurrbart. Oberer Rand des linken Ohres zackig verformt. Vielleicht wird verwechselt, diesen Fehler durch Heftplaster zu verdecken.
2. Der Kleinere: 25—30 Jahre alt, etwas kleiner, Figur etwas stärker als der Größere, aber noch schlank, Haar dunkler, ebenfalls nicht kurz; Gesichtsfarbe auch gesund, aber nicht so frisch wie bei dem anderen; kleiner Schnurrbart; quer über die Nase, etwa über halber Höhe blaue strichförmige Narbe (kein Kneifer- oder Brilleneindruck).

Kleidung: Die Täter trugen bei der Ankunft und Abfahrt in Oppenau dunkelblaue Straßenanzüge. An den dazwischen liegenden Tagen haben sie Anzüge getragen, die teils als schwarzblau, teils als reifarben bezeichnet werden. Der eine hatte noch einen

genau abgemessene Strecke, wie eine Wache. Wird er zurückkommen? dachte er. Und er nahm sich vor, eine Stunde zu warten.

Allein aus der einen Stunde, die er hatte warten wollen, wurden zwei Stunden, denen er weitere dreißig Minuten anhängte. Aber Reiser kam nicht zurück. Da blieb Behrens ein letztes Mal vor dem dunklen Portal stehen, das den anderen verschlungen hatte. Es ist geschehen, sagte er zu sich, es ist geschehen...

Er kehrte wieder um und schlug langsam und erschöpft den Weg nach seiner Wohnung ein, zufrieden und heiter und doch zerschlagen; ein Mensch, der sein letztes Ziel erreicht hatte und der sich nun ausruhen durfte.

Er rief seine Wirtin zu sich herein. „Frau Bieleke,“ sagte er zu ihr, „morgen ziehe ich fort.“

„Wirtlich?“ sagte sie erschreckt. „Und ich hatte gedacht...“

Er nahm sie bei der Hand und führte sie durch das Zimmer, von einem Möbelstück zum anderen. „Sehen Sie her: das alles kaufe ich Ihnen ab, für so viel Geld, daß Sie sich dafür Besseres anschaffen und in eine freundlichere Gegend ziehen können, wo Sie leicht Ihren Unterhalt finden werden. Nur eines müssen Sie mir versprechen: dies alles wird morgen vor meinen Augen zerhackt!“

„Zerhackt —?“

„Zerhackt und verbrannt, das ist meine Bedingung.“

Sie griff nach einem Zipfel ihrer Schürze und zapfte verlegen daran herum. Ihre passive Feindseligkeit Behrens gegenüber hatte sich schon lange verloren. Nur war sie noch unsicher, als wisse sie nicht, was sie mit dem Sonderling anfangen sollte. „Warum kaufen Sie mir dies wertlose Zeug ab?“ fragte sie. „Was haben Sie davon?“

„Eine Freude, kümmern Sie sich nicht darum.“

Und er ging, als sie sich entfernt hatte, von einem Möbelstück zum anderen, betrachtete ein jedes und streichelte es wie ein Wesen, das zwar noch lebte, das aber alt und krank war und sich nach dem Tode sehnte.

Dann setzte er sich an eines der blinden Fenster und starrte in die Dämmerung hinaus. Es war ihm recht schwer ums Herz. Er legte die Arme auf den Fensterrahmen, bettete den Kopf darauf und schloß die Augen.

So kostete er inmitten eines trauernden Schweigens die schmerzliche Wehmut eines Menschen aus, der weiß, daß er nun endgültig allein steht. (Fortf. folgt.)

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

„Erbittert Sie das?“ fragte Behrens rasch.

„Nein,“ gestand Reiser und holte tief Atem, „es... es — befriedigt mich. Daß es so ist, das macht es mir leichter, das alles zu tragen. Ja... Es mag sein, daß mir nicht unrecht geschieht. Aber dies, daß sie ganz verschont bleibt, daß sie glücklich werden und sich freuen darf, daß sie reich bleibt, ihr Kind behalten darf und nur nötig hat, mich mit dem Fuß wegzustößen, — das...“ Reiser Augen glänzten wie im Fieber, „... das — ist doch ein Verbrechen, an dem gemessen meine Schuld geringer und leichter wird.“

„Behren Sie sich doch!“ rief Behrens aus. „Warum wehren Sie sich nicht?“

Reiser sah schau zur Seite. „Nein, ich wehre mich nicht.“

„Warum?“

„Weil...“ Reiser stockte. „Ich weiß den Grund nicht. Aber ich kann nicht. Und ich mag nicht. Meine Frau soll tun können, was sie will. Und Sie sollen es auch. Ich hasse Sie nicht. Gar nicht. Sie sollen beide glücklich sein, — ja, ich wollte, daß Sie es würden... Aber ich will Ruhe. Ich brauche Ruhe. Die soll man mir lassen.“

„Und die suchen Sie im Gefängnis?“

„Ja,“ rief Reiser leidenschaftlich aus, „ja...“ Und er sah Behrens plötzlich prüfend in die Augen, gleichsam erstaunt, daß jener so frage. „Wissen Sie das nicht, daß es allein im Gefängnis die Ruhe gibt, die ich brauche? Wissen Sie das nicht? Sie?“

Doch Behrens überhörte die Frage. Er legte Reiser die Hand auf die Schulter und rüttelte ihn. „Sie sind krankhaft überreizt. Besinnen Sie sich! Wer zwingt Sie, sich eine Dummheit zu machen? — denn es ist eine Dummheit!... Wer? Niemand tut es. Im Gegenteil, man will Ihnen helfen. Ich will es sicher... Ich bin reich. Ich kann nicht einmal einen kleinen Teil der Zinsen verzehren, die mir mein Vermögen abwirft... Sie sollen es gut haben. Sie sollen gehen können, wohin es Ihnen beliebt, und soll reichlich haben, was Sie brauchen, mehr als reichlich... Vergessen Sie Ihre Frau! Streichen Sie sie aus Ihrem Gedächtnis! Und führen Sie in der Fremde ein Leben, das Ihnen wirkliche Ruhe bringt... Können Sie das nicht verstehen?“

„Nein,“ sagte Reiser blaß.

„Was hält Sie ab?“

„Etwas, das ich jetzt eben sehe, jetzt, in diesem Moment, da Sie das alles zu mir sagen...“

„Was?“

Reiser fuhr sich durch die grauen Haare. „Dieses, daß ich sehe, daß sich jeder Mensch — sein Glück erst... verdienen muß!“ Sein Atem ging kurz und hastig, als er nach einer Weile noch hinzusetzte: „Und Sie haben in einem doch recht, wenn Sie mich damit auch höhnen wollten, — ja, in einem haben Sie ganz recht!“

„In einem?“

„Darin, daß Sie sagen, ich könnte noch hoffen... Ja, das tue ich jetzt. Ich hoffe noch. Ich kann noch hoffen!“

„Worauf?“ fragte Behrens von oben herab.

„Auf den Tag, an dem ich wieder frei werde. Es wird der Tag meines ersten Glücks sein. Ja. Denn dann — bin ich — niemandem mehr... etwas schuldig...“

Behrens zuckte nur ungeduldig mit den Schultern. „Sie sind ein verrannter Mensch, Ihnen ist nicht zu helfen!“

„Nein,“ beharrte Reiser fest und schickte sich an, zu gehen, mir ist nicht zu helfen.“

„Warten Sie,“ rief ihn Behrens, der ihn scharf beobachtet hatte, an, „geben Sie dies da her!“ Und er zog aus der inneren Rocktasche Reisers einen Revolver heraus.

„Ja, behalten Sie ihn,“ sagte Reiser, „ich brauche ihn nicht.“

Und er ging.

Behrens wartete eine Weile und verließ dann gleichfalls die Wohnung. Er sah Reiser unten eben um die Ecke der Gasse biegen und folgte ihm in einem gewissen Abstand.

Er mußte viel Geduld haben, denn Reiser ging sehr langsam und doch wie blind. Auf dem Potsdamer Platz wäre er beinahe in die Räder eines Automobils gelaufen. „Mensch, können Sie nicht aufpassen?“ schrie ihn der Chauffeur an. Allein Reiser hörte es nicht. Wie im Traum ging er weiter, kreuz und quer, durch Straßen, Gassen und Gäßchen, um schließlich vor einem großen Gebäude Halt zu machen, vor dessen Tor sein Schritt stockte.

Wird er es tun? dachte Behrens, der unweit von ihm stand und ihn beobachtete.

Reiser tat es. Langsam, den Rücken leicht gebeugt, stieg er die Freitreppe hinauf. Die Tür fiel hinter ihm zu.

Behrens ging vor dem Portal auf und ab, eine kurze,

heßeren, grauen geprenkelten Anzug mit gleichförmigem Stoffhut. Leber den dazu gehörigen langen Hofen mit Umflog haben sie zeitweise dunkle Lederhosen getragen. Ueberhaupt scheinen sie Kleidung und Haartracht öfter gewechselt zu haben.

Die Täter führten drei flache braune Handkoffer mit je zwei Schlössern, gelben Schutzreifen aus Holz und gelben Rägeln mit sich, einen größeren schon länger gebrauchten von etwa 1 Meter Länge und zwei kleinere neue. — Am Tatort wurden gefunden: Eine unabgeschlossene Patronen (9 Millimeter), auf dem Hülsenboden gezeichnet „9.18.S.“, ferner vier Hülsen (9 Millimeter), davon zwei gezeichnet „6.18.S.“, eine „9.18.S.“, eine „8.18.R.M.S.“; fünf Hülsen (7,65 Millimeter), gezeichnet „R.M.S.“

Die Reichsregierung hat eine Belohnung von 100 000 Mark, das badische Justizministerium außerdem eine solche von 20 000 Mark für die Aufklärung des Verbrechens ausgesetzt.

Sachdienliche Angaben oder Hinweise, die zur Feststellung der Täter oder ihrer Hintermänner führen, nimmt jede polizeiliche Dienststelle in Groß-Berlin, insbesondere das Polizeipräsidium Berlin, Abteilung I A, Zimmer 269, Hausanschluß 313, jederzeit entgegen.

Wie uns mitgeteilt wird, ist beobachtet worden, daß an einigen Stellen, z. B. am Bahnhof Friedrichstraße, und zwar unter der Ueberführung, also an einer der belebtesten Stellen Berlins, mehrere Plakate kurz nach ihrer Befestigung von unbekannter und unerwünschter Hand wieder heruntergerissen worden sind. Wir verweisen deshalb auf den § 134 des Reichsstrafgesetzbuches, der folgenden Wortlaut hat: „Wer öffentlich angeschlagene Bekanntmachungen, Verordnungen, Befehle oder Anzeigen von Behörden oder Beamten böswillig abreißt, beschädigt oder verunstaltet, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft.“ Demzufolge hat jeder Republikaner und im übrigen jeder Staatsbürger, der etwa einen Täter beim Abreißen solcher Plakate beobachtet, die Pflicht, den nächsten Polizeibeamten zur Feststellung der Personlichkeiten des Betreffenden zu veranlassen, der unter den gegenwärtigen Umständen strenge Bestrafung zu gewärtigen hat.

Prozeß Virginia Moll.

Kentucky-Tabak für die oberhessischen Bergleute.

Am gestrigen dritten Tage begann die Vernehmung der zahlreich erschienenen Zeugen. Nach den Befundungen des früheren Angestellten des Reichsbeauftragten für Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, Kaufmann Reinhold Falkenheim, stand die Bewilligung von Einfuhrscheinen für Liebesgaben dem Reichskommissar zu, der die Anweisung und Erlaubnis zu erteilen hatte, aber seinerseits wieder einzelne andere Stellen, die Feststellung usw. dazu delegierte. Bei den von Frau Moll eingeführten Waren habe nach den vorhandenen Grundrissen kein Grund vorgelegen, eine Nachprüfung vorzunehmen, ob es sich um Liebesgaben handelte. Eines Tages habe Herr v. Massow ihm telefonisch mitgeteilt, daß der Reichsbeauftragte von Flügge bei ihm gewesen und ihn beauftragt habe, für glatte Einfuhr der an Frau Moll adressierten Sendungen zu sorgen. Danach hat der Zeuge gehandelt. Der Zeuge Oberpostinspektor Bardenhausen betonte, daß nach einem Erlaß des Reichsfinanzministers Liebesgaben der Frau Moll zollfrei abzuführen seien.

Sehr lange Erörterungen drehten sich um das große Kentucky-Tabakgeschäft, welches die Firma Pfannenschmidt u. Drepper mit dem Tabakfabrikanten Otto Brinckmann in Köln abgeschlossen hatte. Der Zeuge Pfannenschmidt, welcher seit langer Zeit große Lieferungen für die oberhessischen Gruben ausführt, hatte mit Brinckmann ein Geschäft auf Lieferung von 400 000 Kilo Kentucky-Preßtabak im Werte von 24 Millionen Mark abgeschlossen. Brinckmann sollte die Einfuhrgenehmigung beschaffen. Es traf dann auch sehr schnell die Einfuhrbewilligung seitens des Reichsbeauftragten ein. Der Tabak sollte angeblich für die oberhessischen Bergleute bestimmt sein und angeht die damals bevorstehende Abstimmung zur Hebung der Stimmung in diesen Kreisen dienen. Mit den Einfuhrpapieren fuhr der Zeuge nach Breslau, um sich dort von der Deutschen Bank das Geld zu beschaffen. Diese hat dann ein Akkreditiv von 6 Millionen Mark für Köln ausgestellt, wogegen ihr der Tabak zunächst verpfändet wurde. Die Bergleute haben von dem Tabak nichts zu sehen bekommen, denn die 18 Waggons Kentucky-Tabak sind beschlagnahmt worden. Auch über diesen Tabak ist die Verfallserklärung ausgesprochen worden.

Der Zeuge Reg.-Rat Hans Kaiser, seinerzeit Dezernent in der Auslandsabteilung der Reichsstelle für Textilwirtschaft, betonte, wie er Frau Moll kennen gelernt hat. Der Zeuge hat aus allen begleitenden Umständen, durch die Empfehlungen der Angeklagten Moll, durch die persönliche Betanntschaft der Gräfin v. Kintowitz um usw. die volle Ueberzeugung gehabt, daß es sich bei Frau Moll um eine sehr einflussreiche, seriöse Dame handelte. Auch der Referent beim Reichsbeauftragten, Zeuge Ewald v. Massow, hat denselben Eindruck gehabt. Der Reichsbeauftragte Herr v. Flügge ist eines Tages mit Frau Moll in das Amtszimmer des Zeugen gekommen, hat sie vorgestellt als die Leiterin eines amerikanischen Hilfsamtes für ganz Deutschland. Daran knüpfte sich der Ausdruck des Wunsches, daß den Liebesgaben Sendungen der Frau Moll an den Grenzen keine Störung bereitet werden sollte. Danach ist dann verfahren worden.

Zeuge Wilhelm v. Flügge, Reichsbeauftragter für Ueberwachung der Ein- und Ausfuhr, läßt sich ausführlich über die Organisation dieser Reichsstelle und über die Richtlinien, die für die Bewilligung von Einfuhrscheinen im allgemeinen und für die Liebesgaben der Frau Moll im besonderen bestanden. Irgendein Zweifel an der seriösen Tätigkeit der Frau Moll wäre in keiner Weise berechtigt gewesen. In dieser Beziehung äußert sich der Zeuge ähnlich wie die Vorzeugen. — Der Vorsitzende hält es immerhin für eigenartig, daß man sich nicht recht genau nach den Verhältnissen der Wirtschaftshilfe erkundigt habe und offenbar die Prüfung der Frage, was Liebesgaben sind oder nicht, recht mangelhaft war, denn es sei keine Klarheit darüber geschaffen, wem nun eigentlich die Prüfung der Grundlagen oblag.

Die Verhandlung wird heute, Dienstag 9 1/2 Uhr, fortgesetzt.

Japanische Hilfe für den deutschen Kinderschutz.

Eine Reihe deutscher, in schwerer Not befindlicher karitativer Kinderheime besonders auch der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, dem Auguste-Vittorio-Haus, sind in letzter Zeit aus Japan erhebliche Mittel zugeflossen, und zwar haben sowohl in Japan lebende Deutsche als auch Japaner sich an der großzügigen Aktion beteiligt, die es gestattet, einzelnen speziell genannten Häusern Summen zuzuführen, die durch ihre Höhe nicht nur einen Augenblickserfolg garantieren, sondern die Fortführung ihrer Tätigkeit durch eine Reihe von weiteren Monaten gestatten. In Anerkennung der bedeutsamen Aktion hat der Direktor der Reichsanstalt zur Bekämpfung der Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit, Professor Langstein, dem Professor Sato, Direktor des Tokio-Instituts für Tuberkuloseforschung, den Plan einer Arbeitsgemeinschaft auf dem Gebiete des Säuglings- und Kleinkinderschutzes unterbreitet, wobei japanischen Ärzten die Möglichkeit gegeben wird, sich in Deutschland auf dem Gebiete des Säuglings- und Kleinkinderschutzes und der Kinderheilkunde wissenschaftlich und organisatorisch heranzubilden.

Der Adh-Prozeß ist in ein neues Stadium eingetreten. Rechtsanwalt Georg Larnowski, der auch die Verteidigung Köhns mit

übernommen, hat gegen den Konkursöffnungsbeschuß des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg vom 20. August 1931 sofortige Beschwerde erhoben. Der Anspruch der Antragsteller auf Rückzahlung ihrer Einlagen sei nicht anzuerkennen, da sie sich keinen Augenblick darüber unklar sein konnten, daß die eingezahlten Gelder zum Abschluß von Wetten bei Pferderennen verwendet werden sollten. Sie seien zwar nicht Gesellschafter oder Teilhaber der Firma Köhn, aber doch Mitglieder der Beitrittsorgane der Firma Köhn geworden, hätten also zum Konzern der an den Wetten teilnehmenden Personen gehört. Als solche hätten sie den Gemeinshaftsdirektor beauftragt, für sie Wetten bei Pferderennen abzuschließen. Es handle sich somit um eine Geschäftsbefugnis. Bei Annahme einer solchen seien die Einleger als Wettbetriebs-Spieler, es stehe ihnen daher auch eventuell der Spieleinwand entgegen.

Die vielfach erörterte Angelegenheit der Frauen-Bank, deren Zusammenbruch seinerzeit großes Aufsehen erregt hat, hat nunmehr endlich ihre Erledigung gefunden. — Wie noch bekannt sein dürfte, rief im Jahre 1914 der Zusammenbruch der mit großen Hoffnungen gegründeten Frauen-Bank berechtigtes Aufsehen hervor, um so mehr, da in diese Angelegenheit bekannte Persönlichkeiten aus der Berliner Frauenbewegung verwickelt waren, die heute im politischen Leben eine große Rolle spielen. Gegen die Mitglieder des weiblichen Bankdirektoriums und des Aufsichtsrats wurde ein Ermittlungsverfahren wegen Depotverbrechens, Bilanzverschleierung und Konkursverbrechens anhängig gemacht, welches mehrere Jahre schwebte. Auf Grund des von Rechtsanwalt Dr. Julius Berger I zusammengetragenen Entlastungsmaterials ist jetzt mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Frauen-Bank endgültig eingestellt worden.

Rätselhafter Leichensind bei Potsdam. Gestern wurde in der Havel bei Potsdam eine männliche Leiche gefunden, die heute zur Ermittlung des Todes und näheren Aufklärung nach dem Havelufer beim Prostantamt in der Leipziger Straße gebracht wurde. Die Leiche war arm verkleidet. Der linke Arm und das linke Bein fehlten vollkommen. Der Körper war unbescheidet. Ueber den rechten Fuß waren Strümpf und Schuh gezogen. Dieser Umstand erregt Verdacht. Die Staatsanwaltschaft ist sofort in Kenntnis gesetzt worden und wird durch eine Leichenschau die Todesursache feststellen lassen. Ungefähr 2 bis 3 Tage kann der Tote im Wasser gelegen haben. Er war etwa 45 bis 50 Jahre alt gewesen sein. Der Mann ist zirka 1,80 Meter groß, hat dunkles Haar, kleinen gestutzten Schnurrbart und am Scheitel Glatzebildung.

Der Millionendiebstahl in der Spanbauer Klafelle spielte bei einem schon mehrere Monate zurückliegenden Münzverbrechen eine Rolle, das jetzt seine Aufklärung gefunden hat. Damals entstand bei einigen in Berlin ansässigen Rumänen der Plan, falsche 10-Marknoten herzustellen, um Käufer damit zu betrügen. Durch Vermittlung eines rumänischen Flüchtlings namens Horstowich wurden die Rumänen mit dem Wirtinhaber einer Berliner Steindruckerei, Georg Sternfeld, bekannt, der sich bereit erklärte, die falschen Noten herzustellen. Sternfeld wußte den bei ihm beschäftigten Lithographen Erich Mendelski zu bestimmen, die erforderlichen Druckplatten anzufertigen, die dieser in der Wohnung eines Kaufmanns Bergan herstellte. Der Verbleib der Scheine konnte nicht festgestellt werden. Während Bergan behauptet, sie vernichtet zu haben, erklärt Mendelski, daß er die Scheine an Rumänen verkauft habe, indem er gewisse Druckfehler durch die Art ihrer Verpackung zu verbergen gewußt habe. Sternfeld und seine Freunde scheinen eine vom Mißgeschick verfolgte Falschmünzergilde zu sein. Sie haben selbst erzählt, daß sie bereits die braunen Fünzigmark-Hilfsbanknoten vom 30. November 1918 gefälscht hätten, daß sie aber die ganze Druckanlage ebenfalls hätten vernichten müssen, da die Noten unmittelbar nach ihrer Fertigstellung abgedeckt von der Reichsbank eingezogen worden seien. Da diese Umstände darauf schließen lassen, daß Sternfeld und seine Genossen ihr Handwerk schon längere Zeit betreiben, werden alle Personen, die über sie Befundungen machen können, aufgefordert, sich bei dem Leiter der Falschgeldabteilung der Reichsbank, Kriminalkommissar von Liebermann, in der Kurstraße 49, III Treppen, zu melden.

Mehrere Portemonnales mit Inhalt sind vor längerer Zeit in dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Fachabteilung für die Metallindustrie, Akt. II, Wüterhousener Str. 18, gefunden worden. Da sämtlich Arbeitslose das Geld verloren haben, bitten wir die Verlierer, sich beim Arbeitsnachweis zu melden. Es handelt sich zum Teil um recht erhebliche Beträge.

Sitzak Torajelli, der dank seiner guten Leistungen wohl eines regen Ansehens sicher sein darf, hat sein Ziel am Bahnhof Friedrichstraße aufgeschlagen. Die Schulleiterin Fräulein Wittenfeld gibt die Mien etwas grab. Mit dem Armen macht sie oft eine höfliche Schwimmbewegung und so wirkt die Figur jenseits nicht gut, doch gibt ihr Schmelz, sanftmütigen Ausdruck, recht viel her und die Nummer findet lebhaften Beifall. Fräulein Wittenfeld zeigt Zwerg-Äst, die lebenswichtigste aus dem Leipziger Zoologischen Garten zu uns kamen, um hier in der Menagerie herumzuwandern und über ein legendäres Kamel und ein Lama zu springen. Sie machen ihre Sache recht sauber. Ebenso die beiden Eberhard-Pommes, ein Kappje und ein Eberde. Wittenfeld macht u. a. auf schwankendem Maß unter der Hirtinade einen Kopfstand. Er spielt mit seinem Leben, da zu seinem Schand nicht mal ein Kottweg genannt werden kann. Kraft, Eleganz, Gelehrigkeit und Wagemut zeigen die Watter-Truppe, 2 Merandis und die Gschm. Weife. Die Nummer der zwei Arionis, sie sind bekannt als erste Hand-Vollgänger, wurde abgedruckt, da der eine Arion, der Untermann hatte offenbar sehr schwer zu tragen durch einen Sturz auf den Kopf arbeitsunfähig wurde. Erfreulicherweise soll der Künstler keine nachteiligen Folgen davongetragen haben. Mit Anerkennung muß man der Freiheitsdrücker des Herrn Poma gedenken. Die Pferde sind tadellos gehalten, glänzend im Fell und die Stimmung liegt in der Farbe prächtig zum Haarfeld. Hier spielt nicht nur das Geldverdienemollen, sondern vor allen Dingen die Liebe zum Tier eine große Rolle. Epochenmacher sorgen natürlich für Kurzweil.

Filmschau.

Die Schauung hat wieder ein abwechslungsreiches Programm. Das Hauptstück „Vierers Traum“ hat recht nett gemachte persönliche zwei Akte. Die Bühnenmusik heißt: „Die Reduzuppe“. Es wird diesmal nicht nur sich ausgedehnt, sondern auch gelungen und gelangt. Der Hauptangelpunkt ist aber der Albertin-Film „Der König der Moneys“. Besondere Erwähnung findet er immer den letzten Beifall, wenn die rote Kraft dominiert. In seinem ganzen Aufbau versteht es der Film, in Spannung zu halten. Die Darsteller, allen voran Luciano Albertini, sind nicht nur gute Schauspieler, sondern auch hervorragende Artisten. Man sieht stützliche Leistungen, tolle Akteure in der Hirtinade, Wenden mit harten Beinen und sehr haltbare Telegraphenbrücke; sowie Graf, den Wunderaffen, der auf jeden Fall Erstaunliches leistet.

„Mit Büche und Spaten“. Die Erlebnisse eines amerikanischen Ingenieurs in Mexicos Petroleumfeldern bringt das U. L. Kurfürstendamm, unter diesem Titel. Ein Film in amerikanischer Manier, inhaltlich bedeutungslos, aber reich an sensationellen Szenen, guten Bildern und sehr flott in Regie und Tempo. Der Spielplan ist sehr sympathisches Spiel die Hauptrolle. Ihm voraus ging der vom Oberbürgermeister herausgegebene Film „Der Kampf um die Heimat“. Aber warum muß eine so gute und ernsthafte Sache in den geschmacklosen Rahmen einer unmaßstäblich kontrahierten Liebesgeschichte gebracht werden? Gerade weil man das Unmögliche dieser Art Agener-Gumbing aufgebauter Liebesgeschichte spürt, will dann das wirklich Wahre des Films nicht so überzeugend auf den Zuschauer, wie es im Interesse der guten Sache sein sollte und sein müßte. Die Hauptrollen liegen in den Händen von Bül. Diegelmann, Margit Bornach und U. von Schlotow.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Aus Anlaß der Stadt- und Bezirksberordnetenwahlen am 16. Oktober findet am Sonntag, den 11. September, vormittags 9 Uhr in den Germania-Sälen, Chausseest. 110, ein

Außerordentlicher Bezirkstag

statt. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Stadtberordnetenwahl. 2. Aufstellung der Kandidaten.

Zur Teilnahme berechtigt sind die in den Abteilungsverfammlungen gewählten Delegierten, deren Zahl nach den im abgelaufenen Geschäftsjahr an die Bezirksklasse geleisteten Mitgliederbeiträgen festliegt. (Siehe Juni-Nummer der „S.D.-Mitteilungen“.) Mandate und Gastkarten werden den Abteilungen rechtzeitig zugehen.

Der Bezirksvorstand.

Bezirksvorstandsmittglieder! Mittwoch, den 7. September, abends 8 Uhr: Sitzung des Bezirksvorstandes im Konferenzsaal der „Vorwärts“-Redaktion, Lindenstr. 8. Wichtige Tagesordnung. Deshalb vollständiges Erscheinen notwendig.

Bezirkssekretariat.

heute, Dienstag, den 6. September:

Reis. Grenzplaner Berg. Die Rindergemeinschaft stellt ab 1/2 Uhr Gegenüberplatz (Waldschau).

10. Abt. Tempelhof. 8 Uhr in der Schule Berberstraße, erneuertes Funktionärverhältnis. Sitzungnahme zur Wahl des 1. Vorsitzenden. Erscheinen aber unbedingt erforderlich.

123. Abt. Kottbus. 7 Uhr Treffpunkt am Bahnhof.

Frauenveranstaltungen am Dienstag, den 6. September:

104. Abt. Niederhörnmeide. 7 1/2 Uhr im Rechenhof der Gemeindefabrik Berliner Str. 81. Referent Genoffe Konrad: „Die weibliche Schule“.

Morgen, Mittwoch, den 7. September:

9. Kreis Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Kreisdelegiertenversammlung im Viktoriagarten, Wilhelmstr. 114/115.

19. Kreis Pantan. Elternbeiräte: 7 1/2 Uhr Versammlung im Jugendheim (Pantank), Breite Str. 32 (Eingang Finanzamt). Tagesordnung: 1. Wahl des Abmanns. 2. Stellungnahme zu den vom 12er Ausschuß der Reichs-schulkonferenz ausgearbeiteten Vorschlägen über Elternbeiräte. 3. Berichtsbene und Anregungen.

16. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Betriebsratsvorsitzenden und Bezirksführer bei Schuder, Silberstraße Str. 3.

42. Abt. 7 1/2 Uhr Wahlabend für die Bezirks 745, 744 und 743 bei Gsch. Lindener Str. 24. Stellungnahme zur Stadtberordnetenwahl und Wahl eines Bezirksführers.

71. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr erneuertes Vorstandsbüro mit sämtlichen Funktionären bei Jona, Durlach Str. 8.

78. Abt. Köpenick. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Schilling, Königin-Luise-Str. 42. Erscheinen unbedingt erforderlich. Vorstandsbüro am 7. Uhr befristet.

92. Abt. Köpenick. 7 1/2 Uhr Funktionärkongress bei Wolf, Kaiser-Friedrich-Str. 104.

104. Abt. Niederhörnmeide. 7 1/2 Uhr im Rechenhof der Gemeindefabrik Berliner Str. 81. Referent Wittenfeld: „Die weibliche Schule“.

109. Abt. Friedrichshagen. Die für Dienstag, den 6. September, angelegte öffentliche Wählerversammlung findet erst am Donnerstag, den 8. September, statt.

118. Abt. Wilmersdorf. 8 Uhr Funktionärkongress der Parteifunktionäre und Betriebsratsvorsitzenden im Lokal Schillerstr. 22. Erscheinen unbedingt notwendig.

123. Abt. Kottbus. 8 Uhr Wahlabend im Lokal Ruge, Kaiser-Wilhelm-Str. 8. Die Leubentelonen werden gebeten, am Wahlabend teilzunehmen.

Frauenveranstaltungen am Mittwoch, den 7. September:

11. Kreis Schöneberg-Friedenau. Die Frauen, die sich an der Ferienkolonie beteiligt haben, treffen sich bei Ros in Jochenhof um 3 Uhr zum gemütlichen Beisammensein.

8. Abt. Frauenanstalt nach Schöneberg. Treffpunkt Oberlitzter Bahnhof früh 10 Uhr; Radfahrer nachmittags 3 Uhr.

123. Abt. Kottbus. 7 1/2 Uhr bei Jäbner, Bahnhofstraße, Vortrag der Genoffe Dore.

Aus der Partei.

Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Auf dem außerordentlich badischen Parteitag in Durlach hat die Partei die endgültige Aufstellung der Kandidaten zu den am 30. Oktober stattfindenden Landtagswahlen vorgenommen. Der Parteivorstand hatte zur Tagung Adolf Braun entsandt, die pfälzische Sozialdemokratie war durch Gerich, die heffische durch Wittmann-Offenbach vertreten. 216 Delegierte waren anwesend. Die Liste des Bezirksvorstandes und Parteiausschusses wurde mit großer Mehrheit angenommen. Eine Anzahl alter Abgeordneter, wie Geiß, Stöckinger und Weber, schieden aus. Strabel sprach über die Bedeutung der Landtagswahl und die Genossen Bloß nahm zu den Frauenfragen Stellung. Die Partei hofft im Hinblick auf die derzeitige Situation bei der Wahl auf abzuscheiden. Minister Remmele schilderte die Arbeit in der Regierung, deren Stellungnahme in der Erzberger-Sache nach eingehender Begründung durch Schöpflin gebilligt wurde. Genoffe Geß sprach sich in einem besonderen Vortrag für einen Block der republikanischen Verteidigung aus und verurteilte, daß unsere Parteigenossen in Württemberg und Preußen ihre Mandatspositionen preisgegeben haben.

Sport.

Rennen zu Karlshorst, Montag, 5. September. Das deutsche Hürdenrennen wurde zu einer ziemlich zähen Affäre, da sich nur 3 Pferde dem Starter stellten. Alle drei kamen wohlbehalten ein, mithin lohnte sich das Rennen für jeden Teilnehmer. 1. Preis von Kurtenhaus: 1. Traubi (Kant), 2. Eberhard (Otto Müller), 3. Grazie (H. Jank). Tot: 29:10, Platz: 15, 25:10. Ferner liefen: Rausch, Burggraber, Schode, Turfball, Young Star, Pleberich, Welcome Sing, Clement, Eise, Galerie (Larraz) wurde aus dem Rennen zurückgezogen und die darauf gemachten Einsätze retourgezahlt. — 2. Strausberger Jagdrennen. 1. Gschindler (Winkel), 2. Warragham (Schneider), 3. Jansrud (Polowski). Tot: 76:10, Platz: 30, 16, 18:10. Ferner liefen: Kammfeld, Dierle, angehalten, Gollitz, No. — 3. Rindert-Jagdrennen. 1. Putz (Reunen), 2. Corona (Stielan), 3. Reichgrüß (Kardel). Tot: 69:10, Platz: 30, 16. Ferner liefen: Helleborde II. — 4. Ulfen-Jagdrennen. 1. Tardat (v. Keller), 2. Saur (v. Pelger). Tot: 11:10. — 5. Deutsches Hürdenrennen. 1. Rittersporn (R. Seiwil), 2. Wierhand (Brown), 3. Sankt Martin (Wihan). Tot: 33:10. — 6. Preis von Wartenburg. 1. Refeda (Stielan), 2. Wardenius (Johnson), 3. Wittelstraße (Winkel). Tot: 240:10, Platz: 28, 15, 22:10. Ferner liefen: Wehrmann II, Maria, Sonnenblume, Leterchen, Wotan. — 7. Preis von Lengeburg. 1. Fontofee (Wihan), 2. Trompeter II. (Wilmann), 3. Sinn Fein (Schalk). Tot: 147:10, Platz: 29, 18, 19:10. Ferner liefen: Wanderstab, Kapi, Rint Frit, Emaragd, Knarst II, Orlan.

Radrennen auf der Olympiabahn. Internationales Hauptfahren, 3 Runden: 1. Etape 2 Min. 53 Sek., 2. Etape 3 Min. 40 Sek., 3. Etape 4 Min. 10 Sek. (Holland). Häusler wurde wegen Behinderung von Reil in eine Geldstrafe von 200 M. genommen. — Großer Deutscher Steherpreis: 1. Lutz über 40 Kilometer: 1. Stelbrink 33 Min. 43 Sek., 2. Thomas (360), 3. Wittig (1710), 4. Appelhaus (2130), 5. Schrevel (5740 Meter zurück); 2. Lutz über 60 Kilometer: 1. Stelbrink 49 Min. 58 Sek., 2. Thomas (390), 3. Appelhaus (3850), 4. Wittig (6210), 5. Schrevel (8910 Meter zurück); Gesamtergebnis: 1. Stelbrink 100 Kilometer, 2. Thomas 99,510 Kilometer, 3. Appelhaus 94,620 Kilometer, 4. Wittig 92,080 Kilometer, 5. Schrevel 83,550 Kilometer. Wittig hatte wiederholt Rad- und Motorschaden und Schrevel fehlt noch rein alles auf einem Fahrer hinter Motoren. — Bergabfahren, 2000 Meter: 1. Etape (0), 2. Schwab (10), 3. Otto Tieg (100), 4. Diepel (80), 5. Schöllner (140 Meter Vorgabe). — Entschärfungsfahren, 2 Runden: 1. Kandelbacher, 2. Bodebusch, 3. Schöllner, 4. Ross, 5. Ost. Tieg.

Boxkampf Breitenbrunn-Drake. Der nächste Kampf des deutschen Schwergewichtskämpfers Hans Breitenbrunn findet am Freitag, den 9. September, wiederum im Floragarten, Kantstr. 9, statt. Als Gegner ist diesmal der zur besten internationalen Klasse zählende englische Schwergewichtskämpfer Harry Drake angesetzt.

Die Jodels Klamm, Kasper und Kastenberger sind mit fristloser Eigenentscheidung bestraft worden. Kastenberger ist der Stallhelfer von Schwarz-Weiß, denn er reitet für den karitativen Kunststall Gräb. Kasper war für den von Hauptmann Bauer geleiteten Stall tätig. Gewa Jodel wird, soweit ihm das sein Gewicht und die Verpflichtungen für den Sommerlichen Stall erlauben, die Grabber Pferde reiten. Die drei Bestrafungen haben beim Obersten Schiedsgericht Berufung eingeleitet.

Ein schwerer Unfall ereignete sich auf der Radrennbahn in Dortmund, die überhaupt sehr viel zu wünschen übrig läßt. Der die Dortmundener Bahn sehr genau kennende Renner wollte im zweiten 30-Kilometer-Lauf des Goldenen Rades den führenden Prädner überholen. Bei dem sich entspannenden Kampf fuhr Prädners Schrittmacher Rennens Schrittmacher an, dessen Kotor in den Zuschauerreihen reichte. Sechs Personen wurden schwer verletzt. Die Fahrer trugen erhebliche Schäden davon.

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Heute abend 7 Uhr: Große öffentliche Wählerversammlungen

- | | | |
|--|--|--|
| 1. Kreis (Mitte): Sophienstraße, Sophienstr. 17-18. | 9. Kreis (Wilmerdorf): Viktoriagarten, Wilhelmsaue 114. | 17. Kreis (Karlshorst): Förstehaus, Tresdowallee, Ede Auguste-Victoria-Straße. |
| 3. Kreis (Wedding): Pharusstraße, Müllerstr. 142.
Aula des Schiller-Lyzeums, Panzstr., Ede Böttcherstr. | 10. Kreis (Zehlendorf): Kaiserhof, Potsdamer Str. 50. | (Biesdorf): Rest. Porath, Marzahner Str. 31. |
| 4. Kreis (Brenzlauer Tor): Böhm-Brauerei, Prenzl. Allee. | 12. Kreis (Lichterfelde): Schiller-Lyzeum, Berliner Straße. | 19. Kreis (Karlshorst): Rest. Porath, Marzahner Str. 31. |
| 5. Kreis (Friedrichshagen): Königsbank, Gr. Frankfurt-Str. 117. | (Cantwisch): Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Straße. | 20. Kreis (Reinickendorf-Ost): Bürgergarten, Hauptstr. 51. |
| 6. Kreis (Königsplatz): Pagenhofer-Brauerei, Fildischstr. 2-3. | 14. Kreis (Neukölln): Schullheiß - Ausschank, Wintergarten, Hasenheide 35. | |
| 8. Kreis (Spandau): bei Koch, Feldstr. 53.
(Siemensstadt): Rest. „Heidekrug“ (Jah. Marjand),
Nonnendammallee 89.
(Staaten): Restaurant Bornemann. | 15. Kreis (Oberschöneweide): Aula des Realgymnasiums, Frischenstraße. | |
| | 16. Kreis (Friedrichshagen): Gesellschaftshaus, Friedrichstr. 137. | |
| | 17. Kreis (Lichtenberg): Schulaula, Marktstr. 10. | |

Referenten: Heinrich Bahlke, Karl Bauer, Dr. Bendiner, Otto Brinkmann, Frh. Brodat, Eugen Brückner, Otto Frank, Johannes Haj, Karl Hejhold, Albert Horlich, Richard Joachim, Dr. Kallmann, Richard Keller, Erich Kuffner, Dr. Lohmann, Joseph Mühlmann, Nikolaus Ofteroth, Dr. Ostrowski, Prüße, Willi Siering, Friedr. Schlienz, Heinrich Ströbel, Karl Wermuth.

Jugendveranstaltungen.

Besinn Arbeiter-Jugend. Sekretariat: E. B. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: Rpl. 121 08-10.
Heute, Dienstag, den 6. September:

Alle Reigenkinder, die sich am Sparsfest beteiligen, treffen sich heute abend 7 Uhr auf dem Rezipienten Spielplatz Nr. 4 zum Festessen. Auch diejenigen Abteilungen, die noch nicht vertreten sind, sind verpflichtet, Jugendgruppen zu senden.

Reinickendorf-Ost: Cecid. Reibensstraße, Vortrag: „Schiffsbrand auf hoher See“. — Rosenhagen: Rest. „Königshaus“ Ederstr. 42/48, Mitgliederversammlung. — Schöneberg I: Jugendheim Rubens, Ede Hauptstraße, Mitgliederversammlung. — Schöneberg II: Jugendheim Frankfurter Str. 10 (Schule), Mädchenabend. Vortrag: „Kultur“. — Tegeln: Jugendheim Bahnhofstraße 15, Diskussionsabend: „Was will der Deutsches Haus für Verbesserungen und Jugendpflege?“. — Wilmerdorf: Jugendheim Schule Köhlerstr. Straße, Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt.
H. S. 10. Uns ist ein Mittel für diesen Zweck nicht bekannt. — H. St. 14. Wenden Sie sich an die Arbeiter-Stiftung (Stiftungsdeputation des Magistrats); bringen Sie hoch Ihre Frau in der Universitäts-Frauenklinik unter.

Aus aller Welt.

Flüchtlingseleid in Bessarabien.

Das Komitee der jüdischen Delegationen in Paris erhielt aus authentischer Quelle Nachrichten über die Lage der an der russisch-rumänischen Grenze befindlichen jüdischen Flüchtlinge aus der Pogrom-Ukraine.
Aus dem jüngsten Bericht einer nach diesen Gebieten entsandten jüdischen Personlichkeit aus Kiew geht hervor, daß diese Flüchtlinge tatsächlich vogelfrei sind. Sie werden von verschiedenen Banden geplündert, von Sowjetbeamten einerseits, von Gendarmen und rumänischen Soldaten andererseits.

Dieser, denen es gelungen ist, unter der größten Gefahr den Dnjestr zu überschreiten und sich nach Bessarabien zu flüchten, sind nach zwei Monaten zurückgeschickt und der Sowjetmacht ausgeliefert worden. Die meisten dieser Flüchtlinge kommen in den Wäldern des Dnjestr um oder sie werden in Höhlen von Räubern ermordet. Tausende von ihnen irren ohne Obdach durch keine Grenzdörfer und ertragen unermessliche Leiden.

Die Sowjetregierung entschließt sich noch immer nicht zur erlaubnisfreien Auswanderung, welche einzig und allein in stande wäre, dieser Situation abzuhelfen. Die Schließung der rumänischen Grenze verschlimmert außerordentlich die Situation.

Der Österreicher, der tschechoslowakischen Republik haben französische Offiziere für 140 Millionen Kronen Geschütze angekauft, die sich nachher als unbrauchbar erwiesen, da aus ihnen bereits über 5000 Schiffe abgegeben waren. — Der französische Oberst Wolff, Kommandeur des tschech. Artillerieregiments in Dimsy, weigert sich, die Kasernen zugunsten des Art.-Reg. 88 zu räumen, das wiederum den Winter in den Baracken von Lebnitz freierend verbringen soll.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Und religiöser Sozialisten, Gruppe Realien. Mittwoch, abends 8 Uhr, Monatsversammlung aller 5 Bezirke im großen Saal der Philipp-Melanchton-Straße, Berlin. Vortrag über „Das Quartier“. Frh. Güter, Mitglied des Vorstandes der engl.-amerik. Quäkermission in Berlin. Ausg. Ber. Schiebener. Gäste und Freunde willkommen. — Schwerkörper der Arbeitervereine. Donnerstag, 8. September, 8 Uhr, in der neuen Philharmonie, Reppenstraße 90/97, Vortrag von Herrn Orlich: „Meine erste Fahrt im Flugzeug von München nach Berlin“. Der ausgezeichnete Redner erzählt allen Schwerkörpern die Teilnahme. Gäste willkommen! — Arbeiter-Sperantisten. Dienstag, den 6. September, 7 1/2 Uhr, Monatsversammlung im Sophien-Lyzeum, Weinmehlerstraße. Dr. Klauber berichtet über den Prager Kongress. — Reichsbund der Kriegsbefähigten, Ortsgruppe 9 K.O. Mittwoch, den 7. September, 7 1/2 Uhr, Versammlung für Hinterbliebene, Unions-Hof, Greifswalder Straße 22. Für Kriegsbefähigte Dienstag, den 6. September, 7 1/2 Uhr, Unions-Hof, Greifswalder Straße 22. — Internationales Band der Kriegsveteranen, Ortsgruppe Südwest. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 7. September, 8 Uhr, im großen Saal der Philipp-Melanchton-Straße in Moskau. Referent: Genosse Groß. Bericht über die Verleihung der Gasse Berlin und Brandenburg. — Arbeiter-Samaritaner-Bund. Mittwoch, den 7. September, 7 Uhr, findet der 8. Vortragsabend in der Oberrealschule, Schülerstr. 123/127, Charlottenburg, statt.

DEGEAS Spar-Glühkörper 25 %

Hellstes Licht bei geringstem Gasverbrauch
Bestes Erzeugnis der Auerlicht-Gesellschaft, Berlin O.17

Gas-Ersparnis

Bezirksverb. Berlin SPD
9. Abteilung.
Unter Vorsitz
Willi Künemund
ist erschienen. Die Ein-
sicherung erfolgt am Mitt-
woch, den 7. September,
nachm. 7 1/2 Uhr, im Kremator-
ium Dammgrabenweg.
Ehre seinem Andenken!
Der Abteilungsleiter.

Deutscher Metallarbeiterverb.
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Aufsitzer
Max Franke
Charlottenb., Schloßstr. 20
am 30. August gestorben ist.
Den Mitgliedern fernher
zur Nachricht, daß unsere
Kollegin, die Arbeiterin
Frieda Ruhn
Steglitz, Lilienstr. 34
am 1. Septbr. gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Leipzigerische Sterbe-u. Kranken-
unterstützungskasse Nr. 23.
Freitag, den 10. Sept., abends
6 Uhr, Ullrichstr. 33: Wähler-
abend, Generalversammlung.
Tagesordnung:
1. Begehrung des Vorstandes,
die von den Anwesenden be-
tragte außerordentliche Gene-
ralversammlung einzuberufen.
2. Willkürliche Abänderung von
Satzungen ohne Einverständnis
der Generalversammlung. 3. Erhöhte
Beiträge u. keine entsprechende
Leistungen. 4. Bezeichnung und
Besetzung der Stellen. 5. 16, 17,
23 und 24. 5. Bezeichnung.
Mitgliedsbuch legitimiert.
3791b Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Die vom Ausschuss der unter-
zeichneten Kaffe am 8. Juli d. J.
beschlossene Krankenordnung
für die Mitglieder der Allge-
meinen Ortskasse ist durch
Berichtigung der Artikel 1
Berichtigungsbescheid des
Kassens am 26. August 1921
genehmigt worden. Druck-
fehler der Krankenordnung können
von der Geschäftsstelle der Kaffe,
Teltow, Breite Str. 13, bezogen
werden.
8/11
Teltow bei Berlin, den
29. August 1921.
Der Vorsitzende
der Allgemeinen Orts-
kassentante für Teltow
und Umgebung.
Sup.

Hühner-
augen
Tuberkuloseerkrankung, all-
gemeinheitsleidend, entfernt
mit absoluter Sicherheit. „Bosco“.
Seit 30 Jahren bewährt. 4,50.
Otto Reichel, Berlin 43,
Eisenbahnstr. 4.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin X N. 54, Lindenstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
Telefon: Amt Rüchsen 180, 1239, 1187, 9714
Am Donnerstag, den 8. September, nachm. 5 Uhr
Versammlung aller Betriebsräte
der Gruppen 19 und 20
in der Schulaula, Köpenickplatz 12.
Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage unserer
Gruppe. 2. Bericht von der Betriebsräte-General-
versammlung (siehe Nr. 15 der Wochenbeilage der Metall-
arbeiter-Zeitung).

Achtung!
Die Vertrauensmännerversammlung des Siemens-
konzerns am Mittwoch, den 7. September 1921, findet nicht im
Stadtheater Alt-Moabit, sondern in Siemensstadt, Rino-
straße, statt. Beginn pünktlich 4 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Filmindustrie! Achtung!
Heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im
„Alten Askanierviertel“, Anhaltstraße 11:
Große öffentliche Versammlung
sämtlicher Arbeitnehmer der Filmindustrie
Tagesordnung:
1. Ergebnis der Verhandlung mit den Unter-
nehmern. — 2. Beschlußfassung über die zu
ergreifenden Maßnahmen.
Alle Arbeitnehmer d. Filmindustrie haben zu erscheinen.
Zentralverband der Angestellten (MfA)
K. H. Silbermann.
Zentralverband der Film- und Kinoangehörigen
K. H. Silbermann.

Banco Colonial Portuguez

Hauptsitz: Lissabon

Einbezahltes Kapital: Escudos 10 000 000. — (al pari Mk. 40 000 000. —)

Eigene Filialen in portugiesisch West- und Ost-Afrika
Vertreter u. Agenten in all. Plätzen Portugals u. Kolonien

Dokumentarkredite + Devisenarbitrage + Warenabteilg.
Kontokorrenten in Landes- und ausländ. Währungen
mit Zinsenvergütung

Ausführung aller sonstigen bankmäßigen Geschäfte

Bekanntmachung.
Die Firma Kuerzdrems, Aktiengesellschaft zu Berlin-
Lichtenberg, hat die Genehmigung zur Aufstellung eines zweiten
Lichtdruckhammers in der Schmirde auf ihrem Grundstück an der
Hilberberger Straße zu Berlin-Lichtenberg beantragt.
Etwasige Einwendungen gegen diese Anlage sind bei dem
unterzeichneten Stadtausschuss binnen 14 Tagen, vom Tage nach
der Veröffentlichung ab gerechnet, schriftlich in doppelter Aus-
fertigung oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser
Frist können Einwendungen nicht mehr erhoben werden. Be-
schreibung und Zeichnungen der geplanten Anlage liegen in
unserem Bureau, Karlshorst, Tresdowallee 44, Zimmer 8, an
den Geschäftstagen in der Zeit von 9-3 Uhr während der oben
bezeichneten Frist zur Einsicht aus.
Zur mündlichen Erörterung der rechtzeitig erhobenen Ein-
wendungen wird vor unserem Kommissar, Stadtschreiber Wügel,
am Montag, den 26. September 1921, vormittags 11 Uhr, in
unserem Bureau ein Termin anberaumt, zu dem die Interessierten
sowie die Widersprechenden unter der Erlaubnis geladen werden,
daß auch bei ihrem Ausbleiben mit der Erörterung der Ein-
wendungen vorgegangen wird.
Berlin (Karlshorst), den 3. September 1921.
Stadtausschuss Berlin (Abt. V)
S. H. Witz.

K. & P. Uder, S6. 16, Engelauer 5
Zigaretten, Kau-, Rauch- u. Schnupftabake
G.A. Hanewacker • Goldlarb • Landfried • Eicken • Raulino
Oldenkott. • Geöffnet 9-2 u. 3-5 Uhr. Moritzpl. 3014 1372b

Zähne von 8 M. Teilzahlg. 5 J. Garantie Kronen
16 M. Zahnzieh. mit Einspritz. höchst
schmerzlos. Umarm. schlechtes Geb. Rep.
Zahn-Arzt Dr. Wolf, Postdammerstr. 35. Hochb.-St. Spr. 9-7

Erfinder!
Gute Ideen werden schne-
ll dargestellt und verwirk-
licht. Goldstein & Folger,
Jugendstr. 21, Schöne-
berg, Götterstr. 41. 11482
Zurück: 33/6a

Dr. Richard Fabian
Arzt für innere Krankheiten
Hohenzollernstr. 192
Von der Reise zurück:
Dr. A. Hahn Frauenarzt
Schöneberg, Hauptstr. 24

Wäsche-Hof
im Leibhaus Moritzpl. 58a
wert stammend billig werden
22, Beinfleider 30, Bettbezüge
70, große Leppiche 300, Rän-
ner-Gordinen 55, Stepp- und
Dünndecken, Daunendecken,
für Gelegenheitskäufe, keine
Bombardiere.

Metallbetten,
Eisalmatratzen, Rührbetten
etc., an Preis, Anzahl 30A frei
Eisenmattfabrik Suhl (Thür.)



Henko

Henkel's Wasch-
und
Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz
Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf

Konkurrenzlose Preise!

Fahrradreifen Prima Gummi 48 — M. bis 125. — M.
Garantireifen 28 x 1 1/4 von 70 — M. an
Gebirgsreifen, prima 80 — M. (1 Jahr Garantie)
Fahrradschläuche, Ia Gummi 16.00 M. bis 20 — M.
Karbid Oel
Autoreifen- und
Fahrrad-Haus „Nord-Ost“ Berlin, Eisasser Str. 89
am Rosenhaller Tor

Artikel zur Krankenpflege Kopp & Joseph
Berlin W 50
Potsdamer Str. 122
In bekannt besten Qualitäten zu günstigsten Preisen.

Demokratischen Partei sieht, tausendfach in Wort und Schrift betont, daß der Besitz keine Belastung ertrage?

Mit solchen Erfahrungen auf einige gutgemeinte Reden oder Artikel hin an die Bereitschaft des rechtsgerichteten Bürgertums zur Besitzsteuerfrage zu glauben, fällt schwer. Es kann uns aber nichts daran liegen, nun Männer in das Kabinett zu bekommen, deren höchste Aufgabe ist, unter dem Dementi ihrer Presse den Steuervorlagen die gegen das Kapital gerichteten „Giftdöhne auszuziehen“.

Und um den guten Willen zur Mitarbeit offen und eindeutig vor aller Welt zu beweisen, ist in dem öffentlichen Parlament wie in den Ausschüssen auch für die Deutsche Volkspartei Raum genug.

Die Taktik der Rechtsbolschewisten.

Die Kommunisten möchten zu gern Dummheiten machen.

Die gesamte Rechtspresse hält wie auf Verabredung von dem Geschrei wieder: Ketzt uns vor den Kommunisten, das sind die wahren Feinde der Republik. Die Ursache dieser Hülserufe liegt offen auf der Hand. Man will, da man eben selbst noch gestohlen hat, ungeschoren davontommen und ruft deswegen: haltet den Dieb. Es wird jetzt versucht, mit vereinter Macht die neuen Verordnungen des Reichspräsidenten, die gegen das gemeingefährliche Treiben der Rechtsbolschewisten gerichtet sind, gegen links umzubiegen.

Man muß leider sagen, daß die Kommunisten der Reaktion dies recht leicht machen. Berlin fällt dabei angenehm auf. Die Kommunisten haben sich an der Demonstration vom vergangenen Mittwoch zum Schutze der Republik zwar uneingeschrien beteiligt, sie haben sich dabei aber im Interesse der Sache im wesentlichen durchaus vernünftig verhalten. In Berlin setzt sich die alte politische Schulung der Arbeiter eben doch durch. Wenn einzelne Führer aus der Reihe tanzen wollen, dann werden sie von den Arbeitern selbst zum richtigen Wege zurückgebracht. Auch die „Rote Fahne“ ist schon so weit vernünftig geworden, daß man bei ihr gelegentlich lesen kann, daß es notwendig sei, die deutsche Republik gegen die Reaktion zu schützen. Was sie darüber hinaus schreibt, ist gut gemeintes dummes Zeug, das verbientermaßen nicht ernst genommen wird.

In der Provinz haben wir aber kommunistische Organe, die sich einbilden, der Arbeiterbewegung dadurch zu dienen, daß sie es erzwingen, daß die Verordnungen des Reichspräsidenten gegen sie angewendet werden. Dieser konsequente Dummheit ist das holländische kommunistische Organ und jetzt auch der Frankfurter „Kommunist“, sowie die kommunistische „Rote Fahne des Ostens“ zum Opfer gefallen. Wir können den Regierungsorganen nur empfehlen, die Kommunisten nicht ernster zu nehmen als sie verdienen.

Man versteht aber die Nervosität der Behörden, wenn immer wieder Meldungen kommen, wie aus Herford, Kugsburg und aus anderen Städten, die von einer Art Kadawobolshewismus berichten. Selbstverständlich ist die Zeit vorbei, da wir uns antirepublikanische Demonstrationen gefallen lassen. Das kann aber doch nicht dazu führen, daß man daraus einen Rummel für halbvolldünne und politisch unreife Bausbuben macht, die sich Kommunisten nennen, ohne eine Ahnung davon zu haben, was das eigentlich heißt.

Die „Freiheit“ beurteilt die Situation ebenso wie wir, wenn sie meint, daß es den kommunistischen „Kindschöpfen“ sehr ähnlich läge, „die ja jetzt nach dem Ausschlusse aller anderen auf dem letzten Parteitag ganz unter sich sind“, daß sie „absichtlich provoizieren, um sich ein billiges Martyrium zu verschaffen und die Regierung zu diskreditieren. In der Richtung dieser „Taktik“ liegt es ja auch, daß die kommunistische Presse in den letzten Tagen gegen die sozialistischen Parteien loszugehen beginnt“.

Man soll aber auch bei den Behörden nicht gleich nervös werden, wenn ein kommunistischer Zeitungsfel etwas unmanierlich brüllt. Viel richtiger scheint uns da die Stellung des Polizeipräsidenten von Hannover zu sein, der in einer Bekanntmachung betont, daß er gewillt sei, erlaubte Versammlungen unter allen Umständen vor Störung durch Unbefugte zu schützen, daß er aber an gewisse Kreise dringend die Warnung richten müsse:

„Das provokatorische Hissen von schwarzweißroten Fahnen usw. zu unterlassen, ebenso in den Versammlungen und Veranstaltungen jener Kreise die offensichtliche Verhöhnung der republikanisch gesinnten Klassen und die verwerflichen Angriffe auf die Beamten der Republik sowie alle auf den Umsturz der Republik hinielenden Redensarten zu vermeiden. Da die augenblickliche gespannte Lage im Innern des Reiches lediglich der verwerflichen politischen Hege gewisser Kreise in Verbindung mit dem Mordattentat auf Erzberger zuzuschreiben ist, so werde ich diesem Treiben, soweit es sich in den Versammlungen und anderen Veranstaltungen dieser Kreise bemerkbar macht, ebenfalls mit dem größten Nachdruck entgegenzutreten.“

Besondere Beachtung verdient immer wieder das Verhalten der großen Depeschbüros. Im besonderen die Telegraphen-Union tut sich in der Verbreitung von Schwaergeschichten seit einigen Tagen besonders hervor. Sie übersättigt die Zeitungen systematisch mit ungläubig einseitigen und übertriebenen Nachrichten. Es wäre der Erwägung wert, nachzuprüfen, ob nicht die neue Verordnung des Reichspräsidenten auch gegenüber dieser Nachrichtenverbreitung anzuwenden ist.

Ein weiteres Verbot.

Der „Sturm“, ein deutschböhmisches Heftblatt in Hannover, dessen Herausgeber der wegen Betruges mit 2½ Jahren Gefängnis verurteilte Georg Lindel, wurde, wie wir erfahren, wegen begreiflicher Artikel vom Oberpräsidenten Roske für 14 Tage verboten und die Nummer vom 4. September beschlagnahmt.

W.B. meldet aus Königsberg: Der Verband der Ostpreussischen Presse hat gestern dem Reichsinnenminister Dr. Grodnauer eine Entschliessung gegen das von dem Königsberger Polizeipräsidenten erlassene Verbot der „Ostpreussischen Zeitung“ überreicht. Nach der Begründung des Polizeipräsidenten ist das Verbot der „Ostpreussischen Zeitung“ wegen einer aus der widerspruchsfreien Wiedergabe der Rede des Hauptschriftleiters Baeder auf dem deutschnationalen Parteitag resultierenden Zustimmung und wegen der Ausfällung des Beitarifstels in Nr. 11 des Blattes erfolgt. Soweit das Agenturtelegramm. Was wir von diesen Protesten halten, haben wir bereits verschiedentlich ausgeführt. Wir möchten hier nur eins bemerken: es wäre im Interesse der Deutschen Republik zu wünschen, wenn alle Verwaltungsorgane im Reich und in Preußen dieselbe Tatkraft an den Tag legen würden, wie der Polizeipräsident von Königsberg, unser Genosse Lübbling. Ostpreußen ist unter dem Schutz des Belagerungszustandes, ebenso wie Bayern, zu einem Schlupfwinkel der militaristischen Reaktion geworden, und es ist gar nicht auszubedenken, was aus der Provinz im Laufe der letzten Monate geworden wäre, wenn es nicht Abbring gelungen wäre, unter Heberwindung aller Hindernisse eine republikanisch zuverlässige Schutzpolizei zu bilden. Deshalb ist es auch der von der ostpreussischen Unterreaktion bestgeführte Mann. Namentlich die ostpreussische Presse, die fast durchweg ultrareaktionär ist, verfolgt ihn mit grimmiger Wut. Die „Ostpreussische Zeitung“,

die in besonders nahen Beziehungen zu Kapp stand, entspricht ungefähr der Tendenz nach der Berliner „Deutschen Zeitung“ und wird auch von deren früherem Redakteur Dr. Büld geleitet. Als im Februar 1919 Kurt Eisner ermordet wurde, brachte sie die Meldung unter der Ueberschrift: „Das Ende des Uebels!“ Danach mag man ihre Sprache in letzter Zeit ermessen.

Der Bezirksverband Brandenburg des Reichsverbandes der deutschen Presse macht uns darauf aufmerksam, daß er auch schon während des Krieges verschiedentlich Gelegenheit genommen habe, gegen die Einschränkung der Pressefreiheit zu protestieren. Zwischen damals und heute bleibt jedoch ein kleiner aber grundlegender Unterschied. Damals war es verboten, die Wahrheit zu sagen, heute soll es erlaubt sein, die Mehrheit des deutschen Volkes so viel und so gemein zu beschimpfen, als man Lust hat und fertig bringt. Deswegen mußte die Unterdrückung der Presse damals bekämpft werden, heute handelt es sich um den Schutz der anständigen Presse, ganz gleich welcher Richtung gegen unsaubere und gemeingefährliche Keptile.

Die Postbeamten für die Republik.

Eine überaus stark besuchte Vertrauensmännerversammlung der Beamten für Post und Telegraphie, die am 1. September stattfand, beschäftigte sich auch mit den Angriffen der Reaktion gegen die Post und die Republik. Alle Redner erklärten ohne Ausnahme, daß sie es für selbstverständliche Pflicht nicht nur der Postbeamten, sondern der Beamten überhaupt erachteten, sich rücksichtslos auf Seiten der Republik zu stellen und ihrerseits mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für ihre Erhaltung zu wirken. Diese Auffassung fand in folgender Entschliessung ihren Ausdruck:

„Die am 1. September versammelten Vertrauensleute der Beamten für Post und Telegraphie erneuern ihr Bekenntnis zur Republik. Sie sind gewillt, die Regierung und Verfassung mit allen Mitteln gegen jeden Angriff zu schützen. Die Versammelten sind aber der Ueberzeugung, daß die Republik nur dann gesichert ist, wenn endlich ein moderner und sozialer Geist in Regierung und Verwaltung einzieht. Sie erwarten daher, daß die Regierung auf diesem Gebiete endlich die ersten Schritte tut und mit der Demokratisierung der Verwaltung beginnt“.

Dem Wunsche, der hier ausgesprochen wird, können wir uns nur in vollem Umfang anschließen.

Die Vollversammlung des Völkerbundes.

Wellington Koos Eröffnungsgrede.

Genf, 5. September. (W.B.) Die erste Sitzung der diesjährigen Völkerbunderversammlung vollzog sich in weniger feierlicher Weise als die letztjährige. Eine ganze Reihe von Delegierten war noch nicht erschienen. Interesse erregte die österreichische Delegation, die nach der alphabetischen Anordnung in der ersten Reihe Platz gefunden hatte.

Die Sitzung wurde eröffnet vom chinesischen Delegierten, Wellington Koos, Präsident des Völkerbundes. Er machte seine Ausführungen in englischer Sprache. Man spürte der Rede die wohlüberlegten Bemühungen an, nirgends anzustoßen und keine gefährlichen Probleme zu berühren. Die Rede brachte das unvermeidliche Lob der bisherigen Völkerbundarbeit und der moralischen Autorität dieser Institution, wurde aber ohne Ueberreizung und allzu starke Betonung gehalten. Wellington Koos begrüßte die Vertreter der im letzten Jahre neu aufgenommenen Staaten und stellte fest, daß der Völkerbund von 41 auf 48 Staaten angewachsen sei. Als den wichtigsten Punkt der diesjährigen Tagung bezeichnete der Präsident die Abrüstungsfrage. Er fügte hinzu, daß sie nicht schnell gelöst werden könne.

Van Karnebeck (Holland) zum Präsidenten gewählt.

Bei der Wahl des Präsidenten und Vizepräsidenten schlug Balfour (England) van Karnebeck (Holland) vor. Jonescu (Rumänien) brachte da Cunha (Brasilien) in Vorschlag. Restrepo (Kolumbien) bekämpfte die Nominierung irgendwelcher Kandidaten. Nach einer kurzen Debatte wurde beschlossen, sofort zur Wahl ohne Nominierung überzugehen. Bei der Abstimmung erhielten van Karnebeck 19 Stimmen, da Cunha 12, Blanco (Uruguay) 4 Stimmen und Rotta (Schweiz) zwei Stimmen. Da niemand die absolute Mehrheit erzielt hatte, mußte zur zweiten Wahl geschritten werden. Bei der Wahl des Präsidenten der Völkerbunderversammlung im zweiten Wahlgang wurde van Karnebeck mit 22 Stimmen gewählt, während da Cunha 15 Stimmen und Rotta 1 Stimme erhielt. Abgegeben waren 38 Stimmen, davon eine weiße. Das Ergebnis wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, woran sich die französische Delegation nicht beteiligte.

Der neugewählte Präsident der zweiten Völkerbunderversammlung, van Karnebeck (Holland), dankte in einer mit großem Beifall aufgenommenen Rede für seine Wahl, die er auch als Sympathiebekundung für sein Vaterland, bezeichnete. Weiter gedachte er dann der Verdienste seines Vorgängers, des Präsidenten der ersten Völkerbunderversammlung, des belgischen Delegierten Hymans. Er führte aus, daß die vorige Völkerbunderversammlung die Grundlage zum Völkerbundwerke gelegt habe und diese Versammlung jetzt an die eigentliche Arbeit herantrete. Die Wahl des Vizepräsidenten wurde nach längerer Debatte auf Grund eines Antrages Branting (Schweden) vertagt, weil im vorigen Jahre erst die Kommissionspräsidenten gewählt wurden und dann aus ihren Reihen der Vizepräsident aus der Vollversammlung.

Die Sitzung wurde darauf um 1/6 Uhr geschlossen.

Wachsende Spannung in Irland.

London, 5. September. (W.B.) „Star“ meldet: Die Extremisten beider Parteien in Irland bereiten sich auf das Scheitern der Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeinern vor. In Ulster seien bereits 10 000 Freiwillige eingetragen worden und in wenigen Tagen würden Waffen und Ausrüstungsgegenstände verteilt werden. Laut „Manchester Guardian“ ist man dagegen in diesem gut unterrichteten Kreise der Ansicht, daß die vorgeschlagene Konferenz zwischen der britischen Regierung und den Vertretern der Sinnfeiner stattfinden werde.

Eine Falschmeldung der „Daily Mail“.

Berlin, 5. September. (W.B.) Nach einer Londoner Meldung berichtet die „Daily Mail“, im deutschen Reichsfinanzministerium werde gegenwärtig eine Denkschrift ausgearbeitet, die beweisen solle, daß Deutschland keine weiteren Reparationszahlungen mehr leisten könne. Diese Meldung, die bedauerlicherweise auch in deutschen Zeitungen Aufnahme gefunden hat, entbehrt jeder Begründung. Sie ist geeignet, Deutschland aufs schwerste zu schädigen und hat vermutlich die Bestimmung, irgendwelchen dunklen Bärenmanövern zu dienen.

61 Hinrichtungen in Petersburg.

Terjoki, 5. September. (W.B.) Die Petersburger „Pravda“ bringt einen dem Petersburger Sowjet vorgelegten Bericht über die Petersburger Verschwörung. Danach sollen über 200 Personen an der Verschwörung teilgenommen haben. In Finnland hätten Zweigstellen der Pariser Verschwörungszentrale bestanden, deren Leitung Prof. Grimm und Prof. Romijn in Helsingfors in Händen gehabt hätten, die mit General Wrangel in Verbindung gestanden haben sollen. 50 Proz. der Verschwörer seien Sowjetangehörige gewesen, ferner Professoren, Studenten und einige Kommunisten. 61 Teilnehmer der Verschwörung sind erschossen worden, darunter Prof. Toganow und seine Frau, Fürst Lichtomski, Fürst Tumanow, der bekannte Staatsrechtler Prof. Lasarewitsch, Prof. Tichwinsti, der Geologe Koslowski, der Dichter Gumilew. Der Petersburger Sowjet fordert in einem Beschluß strenge Maßnahmen zur schleunigen Unterdrückung aller Versuche, im gegenwärtigen schwierigen Augenblick einen neuen Bürgerkrieg heraufbeschwören zu wollen. Die Petersburger „Pravda“ und „Krasnaja Gaset“ suchen die Auflösung des autonomen Altrossischen Hilfskomitees mit der Petersburger Verschwörung in Zusammenhang zu bringen. Die Moskauer „Pravda“ beschuldigt das Komitee, nach der Besiegergreifung der Regierungsgewalt gestrebt zu haben.

Wirtschaft

Starke Zunahme des Banknotenumlaufes.

Der Banknotenumlauf der Reichsbank hat in der letzten August-Woche um annähernd drei Milliarden Mark zugenommen. Es laufen somit jetzt für 80 Milliarden Mark Banknoten um, dazu kommen an Papiergeld noch 7,8 Milliarden Mark an Darlehnstassenscheinen. Die Zunahme des Notenumlaufes beträgt genau 2,88 Milliarden. Das Verhältnis zur Golddeckung erhöht sich jedoch dadurch, daß dem Goldbestande der Reichsbank zur Deckung der ersten Goldmilliarde 68 Millionen Mark in ausländischen Goldmünzen entnommen und in Zahlung gegeben werden mußten. Der gesamte Papiergeldumlauf der Reichsbank stellt also in der letzten August-Woche einen Rekord dar, der bisher noch nicht erreicht worden ist und der deutlich zeigt, wohin wir bei der gegenwärtigen Finanzpolitik des Reiches steuern. Die Börse hat auf die starke Vermehrung des Banknotenumlaufes mit einem Hausstauern reagiert, der derart stark war, daß für einzelne wichtige Spekulationspapiere, wie die Aktien des Stinnes-Konzerns, infolge des starken Kaufandranges kein amtlicher Kurs festgestellt wurde, und daß selbst ein sonst ziemlich gleichmäßig bewertetes Papier wie die UCB-Aktien um volle 100 Proz. hinaufschossen. Man kann sich daran ein Bild machen, welche Preis- und Gewinnsteigerungen die Börsenspekulation von dieser neuerlichen Geldentwertung erwartet.

Nicht strafbare Steuerhinterziehung.

Herr Dr. E. Wolff schreibt uns: Wie kann man Steuern hinterziehen, ohne sich strafbar zu machen?

Diese Frage zu stellen, erscheint dem Laien vielleicht wie ein Witz. Aber es ist keine — dem einen deshalb nicht, weil er keine Antwort weiß, dem anderen, weil ihm als Arbeiter, Angestellten und Beamten von vornherein klar ist, daß ihm ja doch nicht geholfen werden kann. Das ist nur für die Arbeitnehmer richtig, für deren vollständige und mehr als rechtzeitige Steuerleistung durch den Steuerabzug Vorsorge getroffen ist — aber für die Arbeitgeber ist die oben gestellte Frage nicht ohne weiteres eine schlechte Scherzfrage — es gibt vielmehr Antworten darauf, deren Erfolg zweifellos zu sein scheint. Allerdings nicht jeder kleine, selbständige Kaufmann und Handwerker, und kein geistig Schöpfender wird von diesen Antworten Gebrauch machen können, aber für unsere Reichen, unsere Großindustriellen und Großkaufleute sind die Wege gangbar, die eine Verträgerung der Steuern an des Reich ermöglicht, ohne daß eine strafrechtlich verfolgbare Steuerhinterziehung vorliegt.

Es ist kein Geheimnis, daß nach dem bisherigen Steuerrecht ein Unternehmen als G. m. b. H. oder Aktiengesellschaft weniger Steuern zahlt als eine Einzelirma, und mer es noch nicht weiß, der lese die in 2. Auflage bereits vorliegende Broschüre des Steuerjuristen W. Bend, „Steuerlich zweckmäßige Gesellschaftsformen“ (Verlag Spoeth u. Linde, Berlin), die die nötigen Ratschläge enthält.

Aber nicht genug damit, daß Erwerbsgesellschaften weniger Steuern aus ihren Gewinnen zu zahlen haben als Einzelpersonen; die Steuerfachverständigen, die nicht für die Reichsfinanzen, sondern für die Privatfinanzen ihrer Kunden arbeiten, geben noch gründlicher vor. So ist in der „Deutschen Steuerzeitung“ („Keltische Monatschrift auf dem Gebiete des Steuerwesens“, Jahrgang 10, 1921, Nr. 5) von Dr. Klay die Frage erörtert worden:

„ob und unter welchen Voraussetzungen die Formen der G. m. b. H. oder der Kommanditgesellschaft Steuerersparungen ermöglichen und wie, bei veränderten Gewinnen des Unternehmens, für beide Gesellschaften die Gesamtsteuerbelastung und die etwaigen Steuerersparungen sich stellen.“

d. h. in welcher Gesellschaftsform größere „Ersparungen“ an Steuern erzielt werden. Es sind ganz hübsche Summen, die der Verfasser als „Ersparungen“ herausrechnet, als Ergebnis stellt er jedenfalls fest:

„Auf der Grundlage der heutigen Steuergesetzgebung wird für Neuanlage oder Umwandlung von Betrieben, die völlig der wirtschaftlichen Kapitalanhäufung zu dienen bestimmt sind, die Form der G. m. b. H. bedernde Steuerersparungen ermöglichen. Betriebe, die teilweise ihren Gewinn an ihre Gesellschafter verteilen, teilweise ihren Gewinn zurückzubehalten beabsichtigen, werden ebenfalls zur Steuerersparung die Form der G. m. b. H. wählen. Erst wenn die Ausschüttung des Gewinns über einen gewissen Höchstgrad (etwa drei Viertel des Reingewinns) hinausgeht oder der Gewinn völlig verteilt werden soll, wird die Form der Kommanditgesellschaft eine privatwirtschaftlich günstigere Steuerbelastung ergeben.“

Aber die Reichsregierung plant in der angekündigten Novelle zum Körperschaftsteuergesetz die Beseitigung der bisherigen Teilung der Besteuerung von Erwerbsgesellschaften nach Maßgabe des erzielten und verteilten Gewinns und Erhöhung des Satzes der Körperschaftsteuer auf 30 Proz. des steuerbaren Einkommens (während der Steuerfuß bei Einkommen von Einzelpersonen nach dem Einkommensteuergesetz bekanntlich bis 60 Proz. steigt), und schon sind dem Verfasser der oben erwähnten Broschüre fortgesetzt Anfragen zugegangen, wie er sich „angesichts der geplanten Novelle zum Körperschaftsteuergesetz nunmehr zu der Frage der Umwandlung stelle“. Nun, er glaubt die besorgten Kapitalisten beruhigen zu können — seine Ausführungen in der gleichen Nummer der oben genannten Zeitschrift gipfeln in dem Rat,

„die Umwandlungsstratagem, wenn man sie schon erwogen hat, soweit zu fördern, daß der Entschluß ohne weitere Verzögerung dann in die Tat umgesetzt werden kann, wenn die Novelle zum Körperschaftsteuergesetz ergangen sein wird“.

Inzwischen wollen wir aber wünschen, daß der Reichstag und die Reichsregierung allen diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung macht. Das verlangt nicht nur das Interesse des Reichs und seiner Finanzen, sondern entspricht auch der Gerechtigkeit gegenüber denen, die keine Möglichkeit zu Manipulationen haben, durch die für die eigene Tasche zum Schaden der Gesamtheit „Steuerersparungen“ erzielt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Einigung der Metallarbeiter in Halle.

Halle a. d. S., 5. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der gegenwärtige Streik der hiesigen Metallarbeiter hat die erfreuliche Folge einer Wiedervereinigung im Deutschen Metallarbeiterverband, Ortsgruppe Halle, erzielt. Heute wird in der hiesigen sozialistischen Presse das Ergebnis der Wiedervereinigungsgesprächen zwischen den beiden Gruppen mit den Bedingungen der Wiederaufnahme der abgesplitterten Mitglieder in den Deutschen Metallarbeiterverband veröffentlicht. Zugleich damit gibt die bisherige Verwaltung des abgesplitterten Teiles in einer besonderen Erklärung ihre Zustimmung zu diesen Aufnahmehinweisen und die Schließung der Verwaltungsstelle Verchenfeldstraße bekannt. Somit ist eine ebenso unruhige wie das Verbandsleben schädigende Episode zu einem glücklichen Abschluß gebracht worden.

„Helst Sowjetrußland!“

Der Bevollmächtigte des Metallarbeiterverbandes Berlins, Genosse Ziska, teilt uns in Abwehr einer Unterstellung in der „Roten Fahne“ Nr. 300 auf Veranlassung der Ortsverwaltung eine längere Erklärung mit, der wir entnehmen:

In der Verwaltungssitzung am 19. August stellte der Kollege Niedertirchner, der der kommunistischen Partei angehört, den Antrag, der Vertreter der Metallarbeiter in der Berliner Gewerkschaftskommission soll für die Herbeiführung eines Beschlusses derselben eintreten, durch welchen der DGB. aufgefordert wird, zur Kontrolle über die Verwendung der für die Russenhilfe gesammelten Gelder eine aus allen drei politischen Parteien zu bildende Kommission zuzulassen. Daraufhin erklärte Ziska, daß auch er in der Gewerkschaftskommission dafür eingetreten wäre, daß bestimmte Sicherungen für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gegeben sein müßten, wenn sie für Rußland Gelder sammeln soll.

Ich forderte die Sicherung deshalb, weil die Lösung des Hungerproblems in Rußland unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine reine Geldfrage ist und auch von den herrschenden russischen Genossen nur als solche angesehen wird, weil ja sonst die internationale Arbeiterschaft von ihnen nicht zur Sammlung von Geldern aufzufordern werden könnte. Daraus aber, daß man mit großen Geldsummen der furchtbaren Not der russischen Proletarier helfen kann, ergibt sich zwingend, daß die gewaltigen Summen, die die herrschenden russischen Genossen zur Vergiftung der Arbeiterbewegung in allen zivilisierten Staaten der Erde aufbringen, sehr wohl mit dazu verwendet werden können, die Not der russischen Brüder zu lindern.

Die Gewerkschaftskommission machte sich meine Argumentation nicht zu eigen, unter der für mich allerdings verständlichen Begründung, daß genügend Erfahrungen vorliegen, daß zwischen voll abgegebenen Versprechungen und der Erfüllung derselben ein weiter, bisher unüberbrückbarer Weg liegt. Ich erklärte dann am Schluß meiner Ausführungen, infolgedessen bekommen die russischen Kollegen und Genossen das von der deutschen Arbeiterschaft zu sammelte Geld bedingungslos.

Die „Rote Fahne“ legte den Standpunkt Ziskas dahin aus, „er halte es für selbstverständlich, daß die Sammlung und Abführung der Gelder vom DGB. nur erfolgen dürfe, wenn Sowjetrußland sich bereit erklärt, Konzessionen an die Menschewisten einzugehen, insbesondere die wegen konterrevolutionärer Umtriebe Verhafteten freizulassen.“

Diese Darstellung ist für die Zwecke der „Roten Fahne“ natürlich wirksamer, ist dafür aber von A bis Z erlogen.

Mangelstellentagung der Deutschnationalen Volkspartei.

In einem bürgerlichen Blatte Münchens liest man, daß „die in der Deutschnationalen Volkspartei zusammengeschlossenen Privatangestellten während des Vortages ebenfalls eine Tagung abhielten, auf der rund 250 Ortsgruppen und Kreisvereine vertreten waren. Reichstagsabgeordneter Bumbach wurde einstimmig wieder zum Vorsitzenden gewählt und hielt einen Vortrag über „Deutschnationale Angestelltenpolitik im Reichstoge“. In bezug auf die verschiedenen nationalen Gewerkschaftsrichtungen stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß die Partei völlige Neutralität zu wahren hat. Die in der letzten Zeit von dem völksparteilichen Abgeordneten Geister gegen den Abgeordneten Bumbach erhobenen Anwürfe wurden in einer Entschließung einstimmig zurückgewiesen. Entschließungen wurden weiter angenommen zur Sonntagsruhe, zur Kapital- und Gewinnbeteiligung, zur Angestelltenversicherung, ferner für die Schaffung von Handelsaufsichten und für die Förderung des Arbeitsvertragsrechts.“

Es handelt sich hier um den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHB.), dessen Name in dem ausführlich wiedergegebenen Artikel wohl absichtlich fortgelassen wurde. Walter Bumbach, M. d. R., Fraktionsmitglied der Deutschnationalen Volkspartei, ist das bekannte Vorstandsmitglied des DHB. Aus der Ratzig geht ferner klar hervor, daß die „gewerkschaftliche“ Organisation des DHB. nichts anderes als eine Zweiggeschäftsstelle jener rechtsbolschewistischen Partei darstellt, die als Romensnachfolgerin der altpreußischen Konservativen Partei den Sammelpunkt des als intellektuelle Urheber politischer Wadboten berüchtigten Klüngels bildet. Diesen geschworenen Feinden einer wahren Menschheitskultur, die den erbärmlichsten Betrug am deutschen Volke begingen, der je einer Volksgemeinschaft gegenüber geschah, halten irgeleitete Angestellte mit pseudonationaler Gesinnung nach wie vor den Steigbügel. Dieser zwar nicht neue, aber in München wiederum zutage getretene Verrat an den Klasseninteressen der Angestelltenklasse fällt um so schwerer ins Gewicht, als die Not und das Elend der großen Mehrheit der Angestellten in Handel und Industrie durch die Schuld jener Desperadopolitiker ins Ungeheure wächst. Die freiorganisierten Angestellten werden nicht verfehlen, diesen neuesten Betrug des DHB. allen Berufsangehörigen im Reich einzuprägen.

Wertmeister und Holzarbeiterstreik.

Die außerordentliche Mitgliedereinigung des Bezirksvereins 24, Fachgruppe Holzindustrie, des Deutschen Wertmeisterverbandes am 30. August im „Schultheiß“, Neue Jakobstraße 24/26, befaßte sich mit dem Streik in der Berliner Holzindustrie. Der Verbandsvertreter Keller schilderte eingehend die Situation und beklagte schließlich, daß in einer ganzen Reihe von Betrieben von den darin tätigen Wertmeistern Streikarbeit gemacht würde. Es müsse alles darangesetzt werden, derartige Vorkommnisse zu verhindern und die Solidarität mit den streikenden Holzarbeitern streng zu wahren. In der Aussprache wurde kritisiert, daß die Geschäftsstelle nicht schon vor dem Beginn des Streiks für den Streikfall notwendige Verhältnismaßnahmen gegeben hat. Es wären dann Klagen über eine amöblich große Zahl von Streikbrechern aus den Reihen der Wertmeister vermieden worden. Die Erklärung des Verbandsvertreeters W., die Wertmeister dürften alles tun, was sie bisher auch getan und wozu sie vertraglich verpflichtet sind, habe Verwirrung angerichtet. Wenn der Wertmeister sich auch in regulären Zeiten durch produktive Mitarbeit für eine rasche Erledigung eigener Aufträge betätigen könne, sei im Falle eines Streiks solche Tätigkeit zu unterlassen, da sie als Streikarbeit und damit als verwerflich gewertet werden muß. „Es könne sich im Streik niemand hinter vertragliche Verpflichtungen verschließen. Silbermann vom Zentralverband der Angestellten forderte volle Solidarität mit den streikenden Holzarbeitern. Genz vom Holzarbeiterverband gibt seiner Befriedigung über den Verlauf der Verhandlungen Ausdruck. Folgende Entschließung wurde einstimmig angenommen: „Die organisierten Wertmeister der Fachgruppe Holzindustrie erklären sich in dem jetzt immer mehr verkürzten Kampfe der Berliner Holzarbeiter solidarisch und verpflichten sich, jegliche Tätigkeit, die sich nicht auf ausführende oder anleitende Tätigkeit bezieht, strengens zu unterlassen.“

Zur Lohnbewegung der Hochbahner.

Die Bediensteten, Handwerker und Arbeiter des Hochbahnbetriebes nahmen am Sonntag den Bericht über den Stand der Lohnbewegung entgegen. Die Vertreter der zuständigen Organisationen gaben Bericht über die am 1. September stattgefundene Verhandlung.

Nachdem die Verhandlungskommission die Höhe und die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung eingehend begründet hatte, erklärte die Direktion, daß eine Aufbesserung der Löhne erfolgen müsse, den Ernst der Zeit nicht verkennend, aber nicht in der Höhe sei, die Forderungen im vollen Umfang zu erfüllen. Nach längeren Verhandlungen bewilligte sie zu den bestehenden Monatslöhnen für Verheiratete 50 Pf., für Ledige 40 Pf. und für Frauen 35 Pf. Zulage pro Stunde. Die Kinderzulage soll von 60 auf 75 Pf. pro Monat erhöht werden.

Die Verhandlungskommission lehnte den Unterschied zwischen verheiratet, ledig und weiblich ab und erklärte, über das minimale Angebot der Direktion nicht verhandeln zu können. Könnte die Direktion keine weitere Zulage machen, so müßten die Verhandlungen abgebrochen werden. Nach längerer Beratung machte die Direktion ein neues Angebot, das aber eine wesentliche Änderung nicht brachte. Der Unterschied zwischen Verheirateten und Ledigen und die 40—50 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde blieben bestehen. Die Zulage für Frauen sollte auf 40 Pf. erhöht werden. Die Erhöhung der Kinderzulage wurde abgelehnt. Der Forderung des Verkehrspersonals, die Funktionszulage zu erhöhen, trat man näher. Soweit sie 26 M. und 13 M. pro Monat beträgt, sollte sie um 20 Proz., soweit sie 52 M. beträgt, um 10 Proz. erhöht werden. Alle anderen Forderungen wurden abgelehnt. Da die Direktion erklärte, weitere Zugeständnisse nicht machen zu können, bezeichneten die Vertreter

der Arbeitnehmer die Verhandlung als ergebnislos. Sie lehnten es ab, dieses Angebot dem Personal zu empfehlen.

Die Versammelten lehnten das Angebot der Direktion ganz entschieden ab und ersuchten die Verhandlungskommission, erneut in Verhandlungen zu treten und an ihren Forderungen festzuhalten. Ein Antrag, bis zum 7. d. M. die Verhandlungen zu beenden, fand einstimmige Annahme.

Mit einem Appell des Betriebsrates an die Versammelten, fest und einig zusammenzustehen, schloß die imposante Versammlung.

Streik im Berliner Darmgewerbe.

Die im Zentralverband der Fleischer organisierten Darmarbeiter haben eine Lohnforderung von 35 Proz. gestellt. Um den allgemeinen Branchenerhältnissen Rechnung zu tragen, haben die Arbeitnehmer von ihrer ersten Forderung von 50 Proz. Lohnaufschlag Abstand genommen, um ihre Forderung ohne Arbeitsniederlegung durchzubekommen. Sie haben aber die Rechnung ohne die Herren Arbeitgeber gemacht, welche der Meinung sind, daß die Teuerungswelle mit einer 20prozentigen Lohnaufbesserung ausgeglichen ist. Alle Darmarbeiter haben dieses Angebot mit Entschiedenheit abgelehnt und sind am 1. September in den Streik getreten.

Verschiedene Firmeninhaber versuchen Streikposten an ihrer Tätigkeit zu hindern. Die Rufscher der Firmen haben sich mit den Streikenden solidarisch erklärt und verweigern jede Streikarbeit. Die Firma W. Janzen, Greifswalder Str. 24, hat infolge des Behaltens der Betriebsräte Pahl und Kuger das zweifelhafte Glück, mit einer Handvoll Arbeiter, welche den Wert einer Organisation noch nicht erkannt haben, ihren Betrieb aufrechtzuerhalten. Der Herr Janzen scheute sogar nicht davor zurück, den Kollegen Radolzi, welcher die Forderung sachlich begründen wollte, mit Gewalt aus dem Betriebe zu entfernen.

Der Einwand der Arbeitgeber, daß das Sortiergefüß bei Bewilligung der Forderung unrentabel sei, fällt weg, weil schon vier Firmen, welche auf Sortierarbeit eingestellt sind, den Tarifvertrag anerkennen haben.

Schlächtergefilen, übt Solidarität, holt selbst keine Därme ab. Verweigert die Verarbeitung von Därmen, wenn sie nicht von Firmen kommen, welche bewilligt haben. Nachstehende Firmen haben den Tarif anerkannt: Hugo Steinfle G. m. b. H., Neue Friedrichstr. 11, Gengelbach, Jehdenider Straße, Neumann, Martin-Opf. Str. 5, Berliner Darm-Import G. m. b. H., Marienburger Str. 29.

Darmarbeiter, bleibt standhaft, laßt Euch durch Versprechungen nicht ködern. Es geht um Eure Existenz! Die Streikleitung.

Rußlandhilfe. Die Liste Nr. 4286 ist als verloren gemeldet worden. Zeichnungen sind auf dieser Liste nicht gemacht worden. Wir bitten dieselbe anzuhalten und an die unterzeichnete Organisation, Zimmer 35, abzuliefern.

Deutscher Transportarbeiterverband.

SPD- und USPD-Funktionäre der Gemeindebetriebe Groß-Berlins. Alle im Lohnfortfall für die Gemeindebetriebe organisierten Funktionäre, die der SPD und USPD. angehören, werden dringend ersucht, zu einer Versammlung am Dienstag abend 7 Uhr im Lokal „Bubisfale“, Neue Königstr. 26, zu erscheinen.

Zutritt nur gegen Vorzeigung von Mitgliedsbüchern und Parteiausweisen. Die Fraktionsvorsitze.

Deutscher Transportarbeiterverband. Handwerksarbeiter und -arbeiterinnen aus den Engros- und Detailbetrieben der Buchbranche (Damenhüte, Blumen und Federn): Mittwoch 6 Uhr bei Witta, Poststr. 29, Gruppenversammlung. — Chemische Branche: Dienstag 7 Uhr im Dresdener Kasino, Dresdener Straße 96, allgemeine Branchenversammlung sämtlicher Untergruppen. — Branche 31 (Alte-Metall-Großhandel): Mittwoch 6 Uhr im Saal 5 des Gemeindefestsaales, Engelstr. 24/25, Vollversammlung.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Rationenbranche: Mittwoch 10 Uhr bei Weller, Weberstr. 17, Branchenversammlung für die Schul- und Rationensagenindustrie. Tagesordnung: Bericht von den Weimarer Verhandlungen und Urabstimmung. Die Urabstimmung über das Angebot der Unternehmens findet in der Versammlung statt. Die Mitglieder sind darnach verpflichtet, pünktlich zu erscheinen.

Zentralverband der Film- und Kinobeschäftigten. Berufsgruppe Kino-Oper: Versammlung am Mittwoch, vormittags 11 Uhr, im „Alten Gasthaus“, Anhaltstr. 11. Wichtige Tagesordnung. Streikabstimmung.

Wertmeisterverband, Berlin 24. Fachgruppe Holzindustrie: Dienstag 7 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/26, Mitgliederversammlung. Wahl der Abgesandten.

Wetter bis Mittwoch mittag: Bleich hell, in den Tagesstunden milde, aber veränderlich, bei wägen westlichen bis nordwestlichen Winden. Ostlich der Ober leichte Regenschläue.

Herren- u. Damenbekleidung
Koch & Seeland, G.m. Gertraudensstr. 20/21
Gegr. 1893

Grosser Herbst Verkauf

Damen-Wäsche

Hemd mit schöner Stickerei garniert...	24 ⁵⁰
Beinkleid Knieform, mit Stickereimatz	23 ⁵⁰
Nadthemd halstrei, mit Stickerei, auch im Rücken	47 ⁵⁰
Prinzessrock vorzügl. Sitz, sehr reich mit Stickereimatz garniert	65 ⁰⁰

Korsette

Korsette aus Dreifachstoff, weiss u. farbig, mit breiter Schliesse, 1 Paar Gummihalter	39 ⁵⁰
Korsette aus Dreifachstoff, farbig, Zwickelform, mit Stickereigarnierung, 1 Paar Halter	50 ⁰⁰
Backfisch-Korsette und Leibchen mit Faltenbrust, aus guten festen Stoffen	27 ⁵⁰
Reform-Korsett weiss, vorzügl. Stoff, mit herausnehmbaren Stangen	42 ⁵⁰

Morgenröcke

Flausch-Morgenrock Gethirnform, mit einfarbiger Blende	95 ⁰⁰
Trikot-Morgenrock mit einfarbiger Blende u. Aermelaufschlag	165 ⁰⁰
Flausch-Morgenrock Jaquasart, leichte Form mit Krimmergarnitur	265 ⁰⁰
Flausch-Morgenjackede mit türkischer Blendengarnitur	69 ⁵⁰

Taschentücher

Taschentücher Linon, weiss, mit Kordeleante	3 ⁵⁰ 3 ⁹⁵
Taschentücher Linon, weiss, mit Kordeleante	4 ⁷⁵ 5 ²⁵
Taschentücher Linon, weiss, mit bunter Kante	4 ⁷⁵ 5 ²⁵
Taschentücher für Kinder	1 ³⁵

Leinen

Küchen-Handtücher grau Dreif, gestümt und gebändert	12 ⁷⁵
Stuben-Handtücher weiss Dreif, gestümt und gebändert	14 ⁷⁵
Stuben-Handtücher weiss Gerstenkorn, gestümt u. gebändert	16 ⁵⁰
Wischluch Halbleinen	9 ⁰⁰

Schürzen

Tändelschürze glatt Batist, mit Stickerei	11 ⁵⁰
Wiener Form blau, weiss, Indigo	22 ⁵⁰
Wiener Form aus gebänderten festen Stoffen, bibisch garniert	39 ⁵⁰
Weisse Wiener Form mit Latz, glatt Batist, reiche Stickerei	29 ⁵⁰

Baumwollstoffe

Hemdenbarchent einfarbig, ca. 80 cm breit	8 ⁵⁰
Kleider-Velours in schönen Mustern	12 ⁵⁰
Blusenbarchent gestreift	13 ⁵⁰
Kleiderstoffe doppeltbreit	18 ⁵⁰

Pollertücher

gelb, weiches Gewebe	1 ⁹⁵
----------------------	-----------------



Edt Silber
925/000
Edte
Markasiten,
echt Emaille
36⁵⁰

Spitzen-Garnitur

elegante, aus vorzüglichem Makostoff, Hemd und Beinkleid, geschlossene Form

95⁰⁰

HERMANN TIETZ